Einzelpreis 30 Pf. Halle, Mittwoch, den 18. August 1920. 31. Jahrgang · Nr. 192

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105095. Hermann Schade

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Ueberwacht die Transporte!

Regierungsberuhigung. — Neue Waffenschiebungen entdeckt!

Die deutsche Arbeiterklasse hat wachsam zu sein, um die Ententetransporte zu kontrollieren und jede auch nur mittelbare und mögliche Unterstützung der Polen zu durchkreuzen. Die deutsche Regierung mahnte zur „Vorsicht" und die Presse schrieb, es sei schon eine Profinate der Entente eingelaufen. Wie die Regierung jetzt feststellt, ist das Schwindel. Die Regierung aber erklärt weiter:

„Selbstverständlich sind die deutschen Behörden bei aller Sorgfalt in der Wahrung der Neutralität dennoch sehr darauf bedacht, die peinlichen Zwischenfälle zu vermeiden, welche der Entente Grund zu Reklamationen geben könnten. Es ist deshalb seit kurzem folgende Kontrolle für die Ententezüge von Westen nach Osten eingeführt: Jeder hereinkommende Ententezug wird auf einer kleinen Station bei Darmstadt oder bei Düsseldorf angehalten und von einer deutschen Kontrollkommission einer genauen Prüfung unterzogen. Die Zivilpersonen, die sich in dem Zug befinden, müssen Fahrkarten lösen. Früher fuhren sie ohne Fahrkarte durch Deutschland. Dann bekommt der Zug ein großes Plakat: „Transport auf Grund des Friedensvertrages". Unterwegs wird der Zug noch zwei- oder dreimal angehalten und nachgeprüft. Es ist also jetzt alle nur erdenkliche Vorsicht getroffen, einmal, daß keine Neutralitätswidrigkeiten passieren und andererseits, daß die gekennzeichneten Ententezüge nicht unnötig aufgehalten werden. Man darf hoffen, daß mit dem Bekanntwerden dieser Maßnahmen der Uebereifer lokaler Betriebsräte und anderer Instanzen aufhört, der leicht sehr schwere Folgen haben könnte. Im übrigen werden durch den Abzug der Ententetruppen aus Ostpreußen erklärlicherweise die Nachschübe von Ententetruppen und Material stark beschränkt. Sie gehen nun nur noch nach Oberschlesien."

Die Spitze gegen den „Uebereifer lokaler Betriebsräte" hätte sich die Regierung sparen können. Sie hätte umgekehrt den Eifer und die Entschlossenheit der Arbeiterklasse, die Neutralität zu wahren anerkennen müssen. Denn erst das tatkräftige Vorgehen der Eisenbahner war es, das die Regierung zur Kontrolle der Züge veranlaßt hat! Als hier in Halle, in Sachsen und später in Erfurt die Transportzüge angehalten wurden, stellte sich heraus, daß die deutschen Behörden und die Regierung keine Ahnung hatten, was in den Transportzügen war. Sie wußten nicht einmal, welchem Lande die Truppen anhörten, die sie so gemütlich transportierten. Das war skandalös! Erst die Empörung der Arbeiter hat die deutschen Behörden zur Kontrolle getrieben — wofür man jetzt mit einem Mäßchen an die „lokalen Betriebsräte" quittiert.

Die Arbeiterschaft bleibt weiter auf der Wacht!

Waffen- und Lederschiebungen in Leipzig angehalten!

Nicht nur die Ententezüge, sondern auch sonstige verdächtige Transporte muß sich die Arbeiterschaft ansehen. Es werden jetzt

Waffen für die Orgesch verschoben!

Die Leipziger Volkszeitung berichtet: Auf der Umladestelle Wahren hat der Betriebsrat dieser Tage sieben Kisten mit Waffen angehalten, die von der Reichstreuhandelsgesellschaft (altes Lager, Platzvertretung Jüterbog, Bayerisches Artilleriedepot) abgesandt wurden. Die Kisten enthalten Karabiner und Armeepistolen; sie sind adressiert an die Oberförstereien König im Odenwald, Darmstadt, Besungen bei Darmstadt, Zell-Kommras, Bögenheim und an die Ministerialverwaltung für Forstwesen in Darmstadt. Man fragt sich, was die Forstbeamten mit diesen Armeewaffen anfitzellen sollen — Wild wird doch wohl nicht mit Karabinern und Armeepistolen geschossen! Der Verdacht ist dringend, daß es sich hier um die Bewaffnung von Orgesch-Organisationen handelt, deren Komandant Escherich als Forstrat in den Kreisen der Forstbeamten natürlich gute Verbindungen haben wird. Der Betriebsrat hat die Kisten in Gewahrsam gebracht. Die Amtshauptmannschaft, der die Sache gemeldet wurde, hat sich bisher nicht darüber geäußert. Wir machen die sächsische Regierung darauf aufmerksam. Sie muß dafür sorgen, daß diese Waffen nicht den konterrevolutionären Organisationen in die Hände gespielt werden. Die Reichstreuhandelsgesellschaft wird sich über die Bestimmung dieser Sendungen schleunigst zu äußern haben.

Auf demselben Bahnhof sind mehrere verdächtige Ledersendungen im Werte von rund einer Million Mark vom Betriebsrat angehalten worden. Diese Rollen besten Sohlenleders, es handelt sich um 88 Stück, sind adressiert an den Rechtsanwalt Malik in Beobschütz, den Seminarlehrer Malik in Oberglogau, an einen Herrn Klingemann im Zentralhotel in Kattowitz (O.-S.), an die Singum-Schuhe in Katlowitz und an die Hupfa-Abteilung (Zentralhotel) in Kattowitz. Abender ist die Lederfabrik Heilbronn im Auftrage der Reichsschuhversorgungs-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Die Adressen müssen starkes Mißtrauen erregen. Rechtsanwälte, Seminarlehrer, Schulen pflegen gemeinhin sonst nicht mit Leder zu handeln. Der Verdacht liegt nahe, daß es sich um den Versuch handelt, das Leder nach Polen zu verschieben, wo es zur Besohlung von Soldatenstiefeln verwendet werden könnte. Auch die Aufhaltung solcher Sendungen ist eine Pflicht der Neutralität, ganz abgesehen davon daß wir in Deutschland an schwerem Lebermangel und übertreuerung leiden. Auch diese Sendung muß durch die Behörden sorgfältig geprüft werden. Wir halten es für ausgeschlossen, daß es dabei mit rechten Dingen zugeht. Den Arbeitern der Umladestelle gebührt Anerkennung für ihre Wachsamkeit.

Schießerei aus einem Ententezug.

Leipzig, 18. August. Aus dem französischen Transportzug wurden in der Nähe von Leipzig auf einen berittenen Schutzmann, der dort Feldwachedienste versah, vier Schüsse abgegeben, die alle fehlgingen. Der Schutzmann hatte keinerlei Veranlassung zu dem Vorkommnis gegeben. Der Ententezug wurde auf der Station Taucha angehalten, um die Tatsache festzustellen. Ob der Täter ermittelt worden und was mit ihm geschehen, konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden. Dem Auswärtigen Amt wurde von dem Vorkommnis Mitteilung gemacht.

Der Kampf im Osten.

Ein Aufruf Trotzkis.

Polens Unabhängigkeit garantiert! — Rußland will Frieden! — Die polnische Regierung spielt Versteck!

Berlin, 17. August. Die Rote Fahne veröffentlicht einen Aufruf, den Trotzki als Vorsitzender des revolutionären Kriegsrats der Republik an die gegen Polen kämpfenden Truppen gerichtet hat:

„Helden! Ihr habt dem weißen Polen, das uns angegriffen hat, einen schweren Schlag versetzt. Nichtsdestoweniger will die verbrecherische und leichtsinnige polnische Regierung keinen Frieden haben. Pilsudski und seine Agenten wissen, daß nichts die Unabhängigkeit Polens bedroht, dem wir, das Rußland der Arbeiter und Bauern, weitere Grenzen geben wollen, als die Entente es geplant hat. Aber Pilsudski befürchtet die nahende Rechenschaft, die er vor dem polnischen Volke für den Krieg abzulegen hat, und hofft auf die Einmischung Frankreichs und Englands. Darum weicht die polnische Regierung vor Friedensverhandlungen aus. Dadurch bekennt sie offen, daß sie Versteck spielt. Unsere Delegierten kommen nicht zum bestimmten Termin, und wenn sie kommen, so ohne Vollmachten. Die Warschauer Radiostation nimmt unsere Antworten nicht auf, oder die Warschauer Regierung stellt sich so, als ob sie sie nicht gesehen hätte, sogar wenn eine Quittung der Warschauer Radiostation vorliegt. Wir wollen jetzt, wie am ersten Tage des Krieges, den Frieden, aber eben darum müssen wir es der Regierung der polnischen Bankrotteure abgewöhnen, mit uns Versteck zu spielen. Vorwärts, Rote Truppen! Helden Warschaus! Es lebe der Sieg! Es lebe das unabhängige und brüderliche Polen! Es leben die Arbeiter!"

Das Ringen um Warschau.

Nach gleichlautenden Meldungen über das Ausland und aus Kowno sollte Warschau gestern bereits gefallen sein. Die Bestätigung dieser Meldungen ist jedoch ausgeblieben; sie haben sich als verfrüht herausgestellt. — Wie die Schweizer Depeschenagentur feststellt, erhielt die polnische Gesandtschaft in Bern am 16. d. M. abends ein vom Ministerium des Aeußern am gleichen Tage nachmittags 8 Uhr in Warschau aufgegebenes Telegramm über die Lage. In diesem Telegramm wird u. a. gemeldet, daß ein Teil der Regierungsbeamten nach Posen abgeschickt worden sei, daß sich aber das Gesamtministerium noch in Warschau aufhalte. Die Einnahme der Stadt durch die Russen kann also weder am 15. noch am 16. d. M. erfolgt sein.

Eine so rasche Eroberung Warschaus wäre ja auch nur denkbar gewesen, wenn die Polen die Stadt nicht ernsthaft verteidigen würden, was sehr deshalb nicht anzunehmen war, da es bei dem Ringen um Warschau um die Hauptentscheidung dieses Krieges geht. Das ist natürlich auch den Polen klar, und so scheinen sie tatsächlich die hartnäckigsten Anstrengungen zu machen, die polnische Hauptstadt zu halten. Sie können auch neuerdings einige Erfolge melden. Der neueste polnische Heeresbericht meldet von einer Gegenaktion an der Front von Plonsk, wobei die russischen Truppen mit Verlusten zurückgedrängt worden seien. „An der ganzen Front sind alle feindlichen Angriffe längs der Strypa gescheitert."

Die polnischen Erfolge werden von gewisser Seite „als eine sehr fühlbare Entlastung nicht nur Warschaus, sondern des gesamten polnischen Nordflügels" angesehen. Wir halten sie für Augenblickserfolge, die nach Lage der Sache von keinerlei entscheidendem Einfluß auf den weiteren Verlauf der Kriegshandlung sein dürften. — Daß es um Warschau nicht zum besten steht, ergibt sich schon aus der Meldung, daß sich „infolge der Verschlechterung der Lage vor Warschau auch die alliierten Militärmissionen, die Botschafter Jusserand und Lord d'Abernon in der Nacht vom 13. zum 14. von Warschau nach Posen begeben haben. — In das Festungsgelände Warschaus scheinen indes die Russen bislang noch nicht eingedrungen zu sein.

Der russische Heeresbericht meldet folgendes: Unsere Truppen haben den Feind mit dem Bajonett zurückgeworfen und mehrere neue Punkte besetzt. Dabei wurden Kanonen und Maschinengewehre erbeutet und Gefangene gemacht. In Ostgalizien haben unsere Truppen nach heftigen Kämpfen am 14. August Gesralff besetzt.

Das russische Vorrücken im Korridor.

Königsberg, 17. August. Die Russen haben Montag vormittag Briesen im Korridor besetzt. Ihre Vortruppen stehen vor Kulmsee, mit dessen Besetzung sie die Bahnlinie Graudenz-Thorn abschneiden würden.

Die Operationsabteilung Baromoff der 12. russischen Division gibt, über die Kämpfe folgenden Kriegsbericht:

„Die siegreichen Roten Truppen nahmen nach einer Schlacht von 24 Stunden die Stadt Strasburg und rückten weiter vor. Wir haben viele Gefangene gemacht. Die Polen ziehen sich in Unordnung zurück.

Die Engländer in Danzig.

Meldungen aus Danzig besagen, daß die Engländer dort 12 000 Marinesoldaten gelandet haben. — Ein neuerlicher Beschluß des Danziger Staatsrats, die Neutralität im polnisch-russischen Kriege zu erklären, sei von dem englischen Oberkommissar nicht zur Ausführung zugelassen worden.

Neue Entente-Intrigen gegen Rußland.

Köder für Ungarn und Jugo-Slawien.

Berlin, 18. August. Wie der Freiheit aus Wien mitgeteilt wird, versucht die Entente, ein Bündnis zwischen Jugo-Slawien und Ungarn zustande zu bringen, und zwar gegen Rußland. Jugo-Slawien beansprucht dafür das Banat; Rumänien, das am Bündnis beteiligt werden soll, verlangt Teile und Gebiete am Schwarzen Meer. Belgrad gilt als die Zentrale der Denikinschen konterrevolutionären Offiziere.

Ungarn leugnet!

Budapest, 17. August. Die ungarische Regierung erklärt jedes Gerücht über ein geplantes militärisches Vorgehen gegen Sowjet-Rußland für eine eigenmächtige Erfindung und als jeder Grundlage entbehrend.

England und Italien einig!

Beide Mächte halten sich zurück. Eine Londoner Meldung besagt: Im Oberhause beantwortete Minister Lord Curzon die Vertagung des Hauses und sagte dabei über den russisch-polnischen Krieg: „Wir haben keine Streitkräfte und keine Geldmittel für solchen Krieg zur Verfügung. Die öffentliche Meinung in England und überall wünscht möglichst einen gerechten ehrenhaften Frieden. Diesen Rat habe man auch der polnischen Regierung gegeben. Am heutigen Morgen sei ein Telegramm mit der völligen und freudigen Zustimmung Italiens hierzu angelangt."

Das englische Parlament hat sich bis zum 10. Oktober vertagt. Lloyd George hat die angekündigte große politische Rede nicht gehalten, sondern nur eine Anzahl Erklärungen abgegeben.

Schwere Kämpfe in Oberschlesien.

Verletzung der Neutralität — Blutvergießen — Generalstreik!

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die oberschlesische Demonstration gegen die Verletzung der deutschen Neutralität ist bekanntlich blutig beendet worden. Die Freiheit erfährt, daß der Grund der Demonstration darin lag, daß am 17. August nachmittags eine große Anzahl — man spricht von 2000 — polnischer Staatsangehöriger militärpflichtigen Alters auf den Straßen, in ihren Wohnungen, in Gastwirtschaften und an sonstigen öffentlichen Orten von der Behörde aufgegriffen, festgenommen, zum Bahnhof transportiert und gezwungen wurden, ohne daß sie sich vorher von ihren Angehörigen verabschieden oder ihre sonstigen Angelegenheiten regeln konnten, einen Zug zu besteigen, der nach Polen bestimmt war. Es ist ganz undenkbar, daß dieser Skandal, der sich am hellichten Tage vollzog, ohne Kenntnis der deutschen Behörden und der französischen Besatzung unternommen werden konnte; er bedeutet eine schwere und gefährliche Verletzung der deutschen Neutralität. Entweder hat die deutsche Behörde selbst die Zutreiberin der polnischen Kriegsmacher gespielt, oder den Franzosen oder Alliierten als Helferin des polnischen Militärs Bütteldienste geleistet.

Generalstreik als Abwehr.

Beuthen, 17. August. Der angekündigte Demonstrationsstreik ist heute in allen oberschlesischen Städten von 12 bis 7 Uhr nachmittags durchgeführt worden. Elektrizität, Wasser, Gas und Post setzten aus. Der Personenverkehr blieb aufrechterhalten. Alle Geschäfte und Gasthäuser waren geschlossen. In den Nachmittagsstunden fanden überall die von den Gewerkschaften einberufenen Protestversammlungen statt, in denen einheitlich eine Entschließung gegen den Krieg und für die Neutralität Oberschlesiens angenommen sowie folgende Forderungen an die Alliierte Kommission gestellt wurden:

Einsetzung einer Kontrollkommission von Eisenbahnbeamten und -arbeitern, welche im Benehmen mit der Interalliierten Kommission sämtliche Transporte kontrolliert;

vorherige Verständigung mit der Interalliierten Kommission über alle Truppentransporte und Truppenverschiebungen.

Im Anschluß an die Versammlungen fanden große Umzüge statt.

Bestialisches Blutvergießen!

Die französische Besatzung hat den Demonstrationsstreik und die Umzüge durch herausforderndes Benehmen und nervöse „Bewachung" und sonstige „Ordnungsmaßnahmen" gestört. In Kattowitz setzte sich dreist an das Ende des Demonstrationszuges französische Kavallerie. Die Menge ließ sich das nicht gefallen. Es kam zu Zusammenstößen. Ein französischer Soldat blieb tot auf dem Platze. Die Franzosen eröffneten Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer. Neun Tote, darunter zwei Sicherheitspolizisten, und sechsundzwanzig Verwundete blieben auf dem Platze. Der Polenführer Rechtsanwalt Dr. Mileski, der eine Handgranate aus dem Fenster warf, wurde aus der Wohnung geholt, erschlagen und in die Rawa geworfen. Die Sicherheitspolizei stellte den Dienst ein und gab die Waffen ab. Gegen 8 Uhr zog die Menge zur Polizei, um sich der Waffen zu bemächtigen. Das französische Militär wurde auf Grund von Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern zurückgezogen.

Diese Meldungen stammen aus wenig zuverlässiger Quelle. Ob sie der Wahrheit entsprechen, steht dahin.

Kampf für Entwaffnung!

WTB. meldet:

Kattowitz, 17. August. Vor dem Hause der Interalliierten Kommission versammelte sich um 10½ Uhr eine unübersehbare

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 18-11/fragment/page=0001

Menschenmenge. Eine Abordnung der Gewerkschaften unterbreitete dem Oberst Blancart, dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, die Forderung der Bevölkerung auf Entwaffnung der Besatzungstruppen unter Zusicherung freien Abzugs. Falls diese Forderung nicht bewilligt würden, müßte jede Verantwortung für die weiteren Ereignisse abgelehnt werden. Der Militärbefehlshaber erklärte, daß er lieber sterben werde, als diese Forderung zu erfüllen. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. Beim Verlassen des Hauses konnten die Vertreter der Bevölkerung feststellen, daß das Treppenhaus dicht besetzt war mit französischen Soldaten in feldmarschmäßiger Ausrüstung. Um 3/12 Uhr war die Situation auf das äußerste gespannt. Die Vertreter der Bevölkerung versuchten, die Verhandlungen noch einmal zu erneuern, was ihnen auch gelungen ist.

Kattowitz, 18. August, 1 Uhr morgens. Man hört ununterbrochen Gewehr- und Handgranatenfeuer. Die Menge bemächtigte sich eines vor dem Hause der Kommission stehenden Automobils, ohne von den Besatzungstruppen daran gehindert zu werden. Angesichts der furchtbaren Lage verhandelte soeben ein französischer Offizier direkt mit der Menge und stellte die Auslieferung der Waffen in Aussicht. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß die Besatzung bereit ist, die Waffen in die Obhut der Sicherheitsbeamten zu geben.

In Rybnik tobten die Polen sich aus. Ein polnischer Stoßtrupp drang in die Protestversammlung ein und sprengte sie. Auf einen Befehl fielen Schüsse. Ein Toter und vier Verwundete blieben auf dem Platze.

Kommunistische Demonstration tschechischer Soldaten.

Wien, 16. August. Das Sibirische Legionär-Regiment trug gestern bei seinem Marsche durch Brünn eine Fahne mit der Aufschrift „3. kommunistisches tschechisches Regiment". Die Soldaten forderten, daß die Militärkapelle statt der Nationalhymne die Arbeiter Marseillaise spielte.

Rumänien spielt Komödie.

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die rumänische Regierung hat das Friedensangebot der russischen Regierung dahin beantwortet, daß sie auf die Randstaaten-Konferenz hinweist, die England vorgeschlagen habe. Sie kneift offensichtlich, weil England bekanntlich den Vorschlag der Randstaaten-Konferenz zurückgezogen hat.

Reichswehr und Spitzelzentrale.

Die Reichswehrbrigade IV in Magdeburg ließ prompt verkünden, als ihre Tätigkeit für die Magdeburger Spitzelzentrale aufgedeckt war, einen eigenen Nachrichtendienst habe sie überhaupt nicht. Kundschafter gebe es bei ihr nicht und einen Friedrichs, der Name des der Oeffentlichkeit genannten Kundschafters, sei bei der Reichswehr Magdeburg nicht bekannt. Demgegenüber stellt der Oberpräsident Hörsing fest, daß zwar die Pressestelle und der Kundschafterdienst nach der Rückkehr der Brigade von ihrer Holz-Aktion in Plauen offiziell wurde, zugleich aber die bisherigen Kundschafter von dem Leutnant v. Formann den Befehl erhalten haben, ihre Kundschafter-tätigkeit wie bisher auszuüben, ihre Berichte aber nicht ihm, sondern dem Leiter der Magdeburger Spitzelzentrale Hartmann zu übergeben. Die beiden Kundschafter Friedrichs sowohl wie Mertens sollten sich so wenig als möglich beim Nachrichtendienst sehen lassen. Sie sind in der Tat auch nur zum Löhnungsempfang dort erschienen. Als dann die beiden in der Presse genannt waren, wurden sie auf Befehl beurlaubt und damit es so aussehe, als ob sie nun plötzlich verschwunden seien, wurden ihre Urlaubspässe gefälscht, ebenso die Fahrscheine mit einem früheren Datum versehen. Außerdem sagte der Leutnant Grube, von dem der Urlaubsbefehl ausging, sie sollten sofort aus Magdeburg verschwinden.

Hier ist also ohne jeden Zweifel aufgedeckt, daß die Nachrichtenstelle Hand in Hand mit der Spitzelzentrale gearbeitet hat und später sogar, als der Kundschafterdienst von der Regierung aufgehoben wurde, die Kundschafter ausschließlich in den Dienst der Spitzellügenzentrale gestellt wurden.

In der Bevölkerung setzt sich immer mehr die Einsicht von der Ueberflüssigkeit der Reichswehr durch. Um so krampfhafter ist das Bemühen dieser Reichswehroffiziere, durch spitzlerische Anzettelungen die Notwendigkeit der Truppe als Retter der Staatsordnung zu erweisen. Das lehrt auch wieder die neuerliche Enthüllung über die Machenschaften Magdeburger Reichswehroffiziere.

Orgesch hin — Orgesch her.

Berlin, 17. August. Der preußische Minister des Innern hat unter dem 15. August einen Erlaß an alle Oberpräsidenten gerichtet, worin er sie auffordert, in ihren Provinzen die Orgesch zu verbieten.

Hingegen scheint die Orgesch von hochmögenden Reichsbehörden unterstützt zu werden. Der rechtssozialistische Reichstagsabgeordnete Keil hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: „Ist die Zeitungsnotiz richtig, daß die Minister Dr. Geßler und Dr. Koch der Organisation Escherich ihre Unterstützung zugesagt haben? Bejahendenfalls, wie läßt sich eine solche Zusage mit der lokalen Durchführung der Entwaffnungspflicht, der sich die Organisation Escherich widersetzt, vereinbaren?"

In Bayern lebt die Orgesch natürlich munter und fidel. Die Oberschlesier haben verkündet, daß sie sich unter keinen Umständen auflösen lassen; sie würden sich mit aller Macht dagegen zur Wehr setzen. Und prompt hat auch die Regierung eingeschwenkt und gehandelt. Die Münchener Presse verkündet stolz was folgt:

Die bayerische Regierung hat kein Verbot der Orgesch erlassen. Nach einer Information des bayerischen „Ordnungsblocks" im Ministerium des Innern ist ein solches Verbot auch nicht in Aussicht genommen.

Die Organisation Escherich hat noch große Dinge vor. Von Bayern aus soll diese Heilslehre das deutsche Volk beglücken. Aufgepaßt!

Wie man aufrüstet!

Wie das Entwaffnungsgesetz respektiert wird, zeigt sich in Elbing. Dort ist in den letzten Tagen eine Ortsgruppe der Technischen Nothilfe gegründet worden, deren Mitglieder laut Mitgliedskarte das Recht haben, in ihren Wohnungen Waffen aufzubewahren und auf der Straße solche bei sich zu tragen. Ein Major Karnapp und ein Hauptmann Pfaffendorf gründeten außerdem eine Schutzwehr, die natürlich ebenfalls bewaffnet ist und bei „Unruhen" eingreifen will. Auf dem Jugendspielplatz wurden in den Pfingsttagen des 13. August Elbinger Gymnasiasten im Werfen von Handgranaten geübt. Ein Schein ist, wer sich bei alledem etwas schlechtes denkt. Das alles ist nötig, um dem Vaterlande den „inneren Frieden" zu sichern und die — Entwaffnungsaktion vorzubereiten.

Das skandalöse Staatskommissariat.

Der Republikanische Führerbund erfreut sich seit Noskes Zeiten der heftigsten Gegnerschaft der amtlichen militärischen und sonstiger Stellen. In einer öffentlichen Anfrage erhebt er jetzt schwere Anklage gegen die Methoden, welche mit Unterstützung des Staatskommissariats für die öffentliche Sicherheit unter Leitung des ehemaligen Staatsanwalts Dr. Weißmann in seiner Bekämpfung angewandt werden. Das Staatskommissariat hätte nach Angabe des RFB. die Nachricht verbreiten lassen, an den Zusammenkünften des Bundes in Berlin nähmen in der letzten Zeit Angehörige der Kampforganisationen (— was ist das? —) der USPD. und KAPD. teil. Weiter hätte das Staatskommissariat falsche Angaben über Führer oder Mitglieder des Bunds gemacht und weiter erklärt, auf der Sitzung des RFB. am 23. Juli hätte der zweite Vorsitzende verlangt, beim nächsten Putsch müsse die Regierung nicht durch einen Generalstreik, sondern mit Waffengewalt weggefegt werden und endlich, die Rekrutierung des RFB. habe zur Herstellung einer Einheitsfront nur aus den Linksparteien zu erfolgen.

Der Vorstand des RFB. weist alle diese Behauptungen in schärfster Form zurück und erklärt, sie beruhten auf Spitzelangaben, die vom Staatskommissariat ohne jede Nachprüfung oder Nachfrage beim RFB. zur Verhetzung der Behörden verbreitet worden seien. Eine Anzahl von Unrichtigkeiten wären dem Staatskommissariat von vornherein bekannt gewesen.

Dann stellt der RFB. folgende Fragen:

„Ist Ihnen bekannt, Herr Staatskommissar, daß Spitzel Ihres Kommissariats erst vor wenigen Tagen versucht haben, Mitgliedern des Republikanischen Führerbundes Waffen gegen Bezahlung aufzudrängen?

Ist Ihnen bekannt, Herr Staatskommissar, daß der Spitzel, der dem Berliner Lokal-Anzeiger den Lügenbericht geliefert hat, schon in den Kapptagen im RFB. versucht hat, in diesem Sinne zu wirken?"

Weiter heißt es in dem Schreiben, daß die Organisation des RFB. sich auf ein Programm stütze, das dem Staatskommissar genau bekannt sei. Wer etwas anderes behaupte, „ist ein schamloser Verleumder."

Herr Weißmann wird um Gründe zur Rechtfertigung einer Tätigkeit, die nach den Vorwürfen des RFB. bewußt wahrheitswidrig erscheint, nicht verlegen sein. Seine Auftraggeber sind zurzeit noch zu mächtig, als daß er über ein paar offizielle von seinem Amt verbreitete Schwindelnachrichten stürzen könnte.

Die liederliche Polizeiwirtschaft.

Ein Machtmeister der Elbinger Sicherheitspolizei hat 280 000 Mk. unterschlagen und ist dann flüchtig geworden. Der Betreffende ist ein junger Bursche von 22 Jahren. Er heißt v. Taagaern-Panknin — wenigstens hat er dies behauptet — und stammt aus dem Baltikum. Mit dem Gelde sollte er in Königsberg Rechnungen der Sicherheitspolizei begleichen. Statt auf das betreffende Konto zahlte er die Summe auf sein Postscheckkonto ein. Dann ging er vier Wochen nach Lübeck auf Urlaub und ist wahrscheinlich nach Schweden geflüchtet. Durch einen Unfall kam die Unterschlagung schon nach einem Monat ans Tageslicht.

Post und Sicherheitspolizei streiten jetzt darüber, wer das Geld zu ersetzen habe. Aber das heißt leeres Stroh dreschen, denn der Staat ist auf jeden Fall der Geprellte. Wie war es möglich, daß ein zweiundzwanzigjähriger Ausländer Machtmeister wurde? Und wie konnte ihm eine derartig große Summe anvertraut werden, ohne daß er sofort Rechnung legen mußte? Die Vorgesetzten müßten zur Rechenschaft gezogen werden. Aber der Zivilpöbel einschließlich der Behörden hat ja in der Republik nichts zu sagen.

Regieren macht untauglich zur Arbeit.

Der rechtssozialistische badische Staatspräsident Geiß ist von seinem Posten zurücktreten und für die treuen Dienste, die er und seine Regierung der Wiederherstellung der Welto'dnung gottgewollter kapitalistischer Abhängigkeiten geleistet haben, vom Landtag mit einem jährlichen Ruhegehalt von 20 000 Mk. belohnt worden. Das hat einiges Aufsehen erregt, weil diese Pension dem Beamtengesetz zuwiderläuft, das nur Beamten nach Ablauf einer Anzahl von Jahren eine gesetzliche Pension zubilligt. Der rechtssozialistische Volksfreund in Karlsruhe i. B. schreibt nunmehr den Kritikern des Geißschen Gnadengehaltes folgendes ins Stammbuch:

„Die besondere Schwierigkeit bei dem Genossen Geiß liegt eben darin, daß er in seinem Alter einen neuen Beruf doch unmöglich noch aufnehmen kann. Und daß er, so beachtenswert auch der Beruf eines Gastwirts ist, als ehemaliger Staatspräsident doch kaum zu ihm zurückkehren kann."

Das heißt also, dieselben Leute, die den Arbeitern nicht oft genug die Arbeit als einziges Mittel zur Rettung Deutschlands anpreisen können, halten sie für jemanden entehrend, der auf Grund des Vertrauens breiter Volksschichten für eine Zeitlang das Amt eines Staatspräsidenten bekleidet hat. Sie stellen sich damit auf den hochmäßigen Standpunkt eines Gardekeutnants, der irgendwelche Brotarbeit verachtet, weil ihm der Ehrgeiz bazu fehlt! Im übrigen: daß die Leute des Volksfreund nichts vom Rätewesen wissen wollen, weil es als Voraussetzung die jederzeitige Rückversetzung eines Gastwirts von seinem Verwaltungsposten in seinen früheren Beruf zuläßt, erscheint uns nun nach der Argumentation der badischen Rechtler im Falle Geiß nicht mehr weiter verwunderlich!

Kartoffelbewirtschaftung — erledigt!

Aus Berlin wird gemeldet: Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags nahm nach längerer Erörterung den vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Entwurf einer Verordnung über die Kartoffelbewirtschaftung unverändert mit 16 gegen 12 Stimmen an, wonach die Kartoffelbewirtschaftung vom 15. September d. J. an aufgehoben wird. In den Verhandlungen, die zum Erlaß der Verordnung führten, wurde von den Vertretern der Verbraucherschaft und seitens der Reichsregierung der größte Wert darauf gelegt, daß die sicherzustellende Menge zur Aussache einer angemessenen Wochenration ausreiche, und nach längeren Verhandlungen wurde schließlich eine Menge von 120 Millionen Zentnern festgesetzt, die die Ausgabe einer Wochenration von 6 Pfund an die versorgungsberechtigte Bevölkerung ermöglicht.

Der Sinn des Beschlusses ist wohl der, daß man den Städten und Kreisen eine Menge sicherstellt, die eine Zuteilung von 6 Pfund ermöglichen würde. Aber wie man den Verbrauch kontrollieren will, das ist nicht ersichtlich. Denn man müßte doch jede Woche feststellen, daß noch sonndie viel unbedingt verfügbar ist. Wie macht man das? Hat erst der sogenannte freie Handel die Kartoffeln in der Hand so ist eine Uebersicht über ihre Verwendung nicht mehr möglich. Verfütterung an das Vieh, Wucher und so weiter liegen nahe. Nun, wenn die Katastrophe eintritt, hat das Volk keine Verantwortung.

Die Folgen der Aufhebung der Fleischrationierung.

Uns wird aus Baden geschrieben:

Im Reiche ist die Aufhebung der Fleischkarte beschlossen worden, was den Interessenten einen erneuten Anstoß zur Propaganda für Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Vieh und Fleisch überhaupt gegeben hat. In Baden ist die Aufhebung der Rationierung durchgeführt worden. Die Folgen sind ein starker Export und damit verbunden ein Nachlassen der Milchproduktion.

Aus den benachbarten badischen Viehzüchtungsbezirken, wie Markirch und Villingendorf, sind während der letzten 8—10 Tage 12 Waggons Rindvieh nach Kehl geschafft worden. Von Kehl aus, welches zum besetzten Gebiet gehört, geht natürlich das Vieh weiter nach Frankreich und der Schweiz. Einzelne Wirtschaften in den hauptsächlichsten Viehhandelsbezirken sind wahre Schacher- und Schieberhöhlen. Auf einem Raum von noch nicht 40 Quadratmetern sitzt Bauer an Bauer, die Händler gehen mit gefüllten Börsen und ihrem Notizblock von der Stallbesichtigung her von Mann zu Mann. Berge von Geldscheinen liegen auf den Tischen und jeder ist vollbeschäftigt, Schein um Schein durchzublättern. Derweilen macht man draußen das Vieh zum Abtransport fertig.

Die Folgen der verminderten Fleisch- und Milchproduktion zwingen die Bevölkerung zur Selbsthilfe. In St. Georgen veranstaltete die Arbeiterschaft dieser Tage eine Demonstration. Man zog auf die umliegenden Orte, um die Milchablieferungsklisten und Viehställe zu kontrollieren. Ein zur Abfahrt bereiter Wagen mit 5 Stück Großvieh wurde vom Güterzug abgekoppelt und von der Arbeiterschaft beschlagnahmt. Bauer und Bäuerinnen, welche die Zahl der Kühe falsch angegeben hatten, wurden in den Brunnentrog getaucht. Diese Volksjustiz ist eine naturgemäße Folge des Schieber- und Wucherunwesens in der Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Notizen.

Die Aussperrungen in der pfälzischen Metallindustrie wurden wieder aufgehoben. Am Montag erfolgte überall die Wiederaufnahme der Arbeit. Maßregelungen finden nicht statt.

Wo ist der Erzbischof? London, 17. August. Wie die Blätter melden, ist der nach England gebrachte irenfreundlich Erzbischof Mannix zusammen mit seinem Sekretär plötzlich verschwunden.

Ein alldeutscher Gemütsmensch.

Er will 15 Millionen Menschen „aussterben" lassen!

Professor Bumm, der Leiter der Berliner Universitäts-Frauenklinik hat ein großes internationales Hilfswerk eingeleitet zur Rettung der an Tuberkulose erkrankten deutschen Kinder. Er wandte sich um Förderung und Unterstützung seiner hochherzigen Bestrebungen u. a. auch an den Professor und Obermedizinalrat Max v. Gruber in München. Dieser Gruber, der nicht nur ein namhafter Führer der bayerischen Alldeutschen, sondern überdies auch noch eine große Seele ist, antwortete nun mit dem folgenden menschenfreundlichen Absagebriefe:

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Sie und die anderen Herren Unterzeichner des Rundschreibens vom 15. Mai über die internationale Hilfsaktion für Rettung der Tuberkulosekinder Deutschlands werden sich wohl über meine telegraphische Absage gewundert haben. Ich verkenne natürlich ebensowenig wie Sie die Zurchtbarkeit der Gesundheitslage in der sich unser Volk befindet, und ich würde ebenso gern wie Sie abhelfen. Ich halte es aber für unabwendbar, daß in der einen oder anderen Weise die 10—15 Millionen aussterben, für die wir infolge des Raubes unserer Handelsflotte, unserer Kolonien, unseres ganzen Besitztums im Ausland und eines Teiles unserer heimischen Bodenschätze infolge der Vernichtung der Industrie und des Handels mit dem von uns selbst Bearbeiteten den Tisch nicht mehr decken können. Vom Bettel aber kann und darf das deutsche Volk nicht leben wollen, und völlig unvereinbar mit seiner Ehre wäre es gar, wenn wir jene anbetteln würden, welche durch ihren längst geplanten gemeinsamen Raubüberfall, durch die Hungerblockade, durch die mit teuflischer Ueberlegung ausgedachten Bestimmungen des sogenannten Versailler Friedens uns in das entsetzliche Elend hineinkommenden Tage gestürzt, welche uns sechs Jahre lang bis heute mit Verleumdung, Schimpf und Schande überhäuft haben. Ohne völkische Ehrliebe gibt es übrigens auch gar kein gesundes Gedeihen für ein Volk. Sagen Sie den feindlichen Nationen, daß sie die Schuld trifft, wenn unsere Kinder in Krankheit verkommen — dabei würde ich mittun —, aber rufen Sie nicht die Menschlichkeit derjenigen an, welche die Menschlichkeit in beispiellos unmenschlicher Weise mit Füßen getreten haben; rufen Sie nicht den Papst an, den Wächter christlicher Sittlichkeit, der kein Wort gewagt hat gegen die Hungersperre und gegen den „Versailler Frieden"!

Mit kollegialer Hochachtung Ihr ergebener

Max Gruber."

Kann sich christliche Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft würdiger verkörpern als in diesem erhebenden Vorbilde dieses alldeutschen Professors?! — Der alldeutsche Stolz und das „deutsche Ehrgefühl" über alles! Sie müssen um jeden Preis gewahrt werden — und um ihretwillen opfert so ein alldeutscher Gemütsmensch kalten Blutes 15 Millionen seiner hungernden und kranken Volksgenossen! Herrlicher kann sich die alldeutsche Liebe zum Volke wahrhaftig nicht mehr offenbaren! Und so muß besitzt noch die Unverschämtheit, sich über die Unmenschlichkeit der „Feinde" zu entrüsten! War doch dieser alldeutsche Menschenfreund natürlich selber ein begeisterter Anhänger des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, bei dem Frauen und Kinder ersäuft wurden, der belgischen Arbeiterdeportationen, bei denen die Eltern von den hilflos zurückbleibenden Kindern weggerissen wurden, und aller sonstigen Unmenschlichkeiten, die der deutsche Militarismus als „Kriegsnotwendigkeit" beging. Natürlich gehörte er auch dem Bunde „zur raschen Niederkämpfung Englands" (durch Hunger) an. Welch ein Abgrund sittlicher Verworenheit tut sich hier auf. Ein Grauen erfaßt einem vor diesen „Gebildeten", die sich ob ihrer „Bildung" so unendlich erhaben dünken über das „gemeine Volk", das nach ihrer Meinung nur dazu da ist, sich von den alldeutschen Kriegsverbrechern als Kanonenfutter gebrauchen zu lassen, und das sie zu weiteren Millionen kaltlächelnd in dem Kriegselend verrecken lassen, in das sie es erst freventlich gestürzt haben! — Diese Gemütsroheit dieses alldeutschen Herrenmenschen erhält indes aber erst die rechte Beleuchtung in Verbindung mit der wahnwitzigen Anmaßung, das Volk wieder unter die alldeutsche reaktionäre Gewalt zwingen zu wollen!

Steuerabzug und Kriegsgewinnsteuer.

In der Vossischen Zeitung beschäftigt sich Fritz Naphtali mit der Bewegung gegen den Steuerabzug. Der Verfasser mißbilligt, wie nicht anders von einem Mitarbeiter der Vossischen Zeitung zu erwarten ist, jede Aktion gegen den Steuerabzug. Der Abzug sei notwendig. Aber:

„Es ist in der Tat nicht angängig, daß wir mit der Einziehung der Vermögenszuwachssteuer im Kriege nicht vorankommen und daß bei der Erhebung des Reichsnotopfers infolge der Unfähigkeit der Steuerbehörden nicht einmal die Frist für die Abgabe der Deklarationen eingehalten werden konnte, so daß bei der ungeheuren Schwierigkeit des Einschätzungsgeschäfts die Einziehung selbst in unabsehbarer Ferne zu liegen scheint. Der Reichsfinanzminister hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung über den Steuerabzug jüngst geäußert: „Haben denn die Arbeiter vergessen, daß aller Kriegsgewinn bis auf 172 000 Mk. weggesteuert wird? Haben sie vergessen, daß das Reichsnotopfer bis zu 65 v. H. des alten Vermögens bei den Reichsten wegnimmt?" Gerade weil wir den Steuerabzug für absolut notwendig halten, haben wir das Recht, den Reichsfinanzminister vorzubalten, das es sehr begreiflich ist, wenn die Wegsteuerung des Kriegsgewinnes von den breiten Massen vergessen wird, so lange sie noch nicht einen Kriegsschieber in natura gesehen haben, dem seine Kriegsgewinne bis auf die im Gesetze festgelegte Summe weggesteuert worden sind und solange sie vom Reichsnotopfer nichts anderes lesen, als die notwendig gewordene Verschärfung des Deklarationstermins."

Wenn sich so etwas die demokratische Regierung von ihren demokratischen Parteigängern sagen lassen muß, ist es wahrlich weit genug gekommen. Die deutsche Regierung aber scheint sich des Skandals gar nicht bewußt zu werden, der darin liegt, daß sie Arbeitern von ihrem kargen Lohn kurzerhand mit den Hebeln der indirekten Steuern und den Zangen des Steuerabzuges ein Viertel glatt raubt, während die Kriegsgewinnler und Schieber, die sich die ganze Bevölkerung in noch viel höherem Maße tributpflichtig gemacht haben, so lange unbehelligt ließ, bis sie ihren Raub vor der Besteuerung so weit als irgend möglich in Sicherheit gebracht haben. Und wenn dann dort nichts mehr zu erpressen ist, kommen die Steuerfinsterlinge groß und klein und „beweisen", wie es nicht nur die Vossische Zeitung, sondern auch die rechtssozialistische Presse tut und tat, daß die Steuerabzüge nicht nur beibehalten, sondern angesichts der „Notlage des Reiches" vielleicht gar noch erhöht werden müssen.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Fenig; für Wirtschaftliches Bewegliches und Unterhaltungsblatt: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Werner Schulem; für Aus der Provinz und Verfassungsbeschicke: Otto Kilian; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200818-11/fragment/page=0002

Aus der Provinz.

Personalakten über Betriebsräte sind unzulässig!

Vom Informationsbureau Halle (Saale) des Verbandes der Bergarbeiter wird uns mitgeteilt:

In letzter Zeit haben eine Reihe von Werksbesitzern versucht, Personalakten über Betriebsräte anzulegen. Von den Betriebsräten über Grund und Zweck dieser Anlegung befragt, wurde ihnen von den Direktionen geantwortet, dies geschehe auf Grund einer Verordnung des Reichsarbeitsministers. Wenn unsere Betriebsräte jedoch Einsicht nehmen wollten in diese sonderbare Verordnung, wurde ihnen erwidert, diese seien zurückgesandt oder weitergegeben worden. Daraus ergab sich begreiflicherweise die Unwahrscheinlichkeit der ganzen Handlungsweise und wir wandten uns um Aufklärung an den Reichsarbeitsminister.

Von diesem ging uns nunmehr unter dem 13. August folgende Antwort zu: „Eine Verordnung des von Ihnen angeführten Inhaltes ist hier nicht ergangen."

Wir geben dies den Betriebsräten bekannt, damit sie in vorkommenden Fällen ihre Werksleitungen auf das Unzulässige ihres Vorgehens aufmerksam machen können.

Vielleicht verraten die Werksherren nunmehr, welchen Zwecken die Feststellung über die Personlichkeiten der Betriebsräte dienen sollen. Man muß wohl schon besondere Gründe haben, wenn man sich hinter den Reichsarbeitsminister versteckt. Es scheint eine ganz besondere Bewandnis mit diesen Personalakten zu haben. Den Betriebsräten empfehlen wir Vorsicht. Die Anlegung solcher Akten ist unzulässig!

Kommunale Beratungsstelle der USP., Unterkommission Kreis Bitterfeld.

Am Sonntag, den 22. August 1920, vormittags 9 Uhr, findet im Gesellschaftshaus in Bitterfeld eine Gemeindevertreter-Konferenz aller USP.-Gemeindevertreter des Kreises statt.

Da die grundlegende Organisation der Unterkommission für den Kreis Bitterfeld geschaffen werden soll, ist das Erscheinen eines jeden Gemeindevertreters erwünscht.

Die Ortsgruppen-Vorstände der USP., auch derjenigen Orte, wo wir in den Gemeindevertretungen noch nicht vertreten sind, werden gebeten, an der Sitzung teilzunehmen.

Orgesch im Kreise Liebenwerda.

Man schreibt dem Vorwärts: Wie ernst die Lage bereits durch die heimliche Tätigkeit und die Wühlereien der Organisation Escherich geworden ist, zeigen auf das allerdeutlichste die Nachrichten, die mit immer größerer Bestimmtheit aus dem Kreise Liebenwerda in der Provinz Sachsen kommen. Dort besteht schon seit einigen Monaten besonders in und um Elsterwerda eine starke Abteilung der Organisation Escherich, deren Kern die Zöglinge des Lehrerseminars Elsterwerda bilden. Besonders die Seminaristen Pabst und Heim, ersterer Leutnant a. D., letzterer ehemaliger Feldwebel, arbeiteten für diese Organisation. Sie zogen agitierend von Ort zu Ort. Ihr Werben hatte auch den gewünschten Erfolg; die Organisation soll zuletzt schon fast 500 Mitglieder gehabt haben, jedenfalls gehörten ihr fast alle Zöglinge des Seminars Elsterwerda an. Nur Rektor und Lehrkörper des Seminars wußten angeblich nichts davon! Nebenher lief eine ähnliche Werbetätigkeit des Landrats von Borke. Auf den Gütern an der Grenze des Freistaates Sachsen soll es zu großen Waffenschiebungen gekommen sein, und zwar muß es sich dabei um erst jüngst beschaffte Waffen handeln, da sie von der aufgelösten Einwohnerwehr nicht stammen können; gab es doch in Elsterwerda und Umgebung keine Einwohnerwehr. Im engsten Zusammenhange mit diesen Vorgängen werden übrigens auch die Namen der Gutsbesitzer Grafen von der Schulenburg und eines Herrn v. Rochow, letzterer Besitzer des Gutes Sernach im Freistaate Sachsen, genannt. Graf von der Schulenburg soll sogar der eigentliche Leiter der Unternehmung sein.

Alle diese Vorgänge riefen in der sehr zahlreichen Arbeiterschaft von Lauchhammer große Aufregung hervor. Die allgemeine Beunruhigung wurde schließlich so stark, daß die Arbeiterschaft mit Selbsthilfe drohte. Sie drohte, nach Elsterwerda zu ziehen, um die dortige Orgesch aufzuheben. Die Folge dieser Erregung war, daß die beiden Hauptagitatoren Pabst und Heim das Seminar verließen und flohen.

Erst nachdem der Rektor der Anstalt erklärt hatte, daß er von der ganzen Angelegenheit nichts wisse, sie auch nicht billige und er seine Anstalt jederzeit für eine Untersuchung zur Verfügung stelle, und nachdem bekannt wurde, daß der Oberpräsident der Provinz Sachsen von Magdeburg aus zwei Beamte der Sicherheitspolizei geschickt habe, die mit Unterstützung des kommissarischen Landrats Vogel die ganze Angelegenheit eingehend untersucht und bis nach Dresden hin verfolgt haben, trat wieder Beruhigung ein. Soviel in Liebenwerda von dem Ergebnis der Untersuchung bekanntgeworden ist, wurde das Bestehen einer Geheimorganisation, die der Orgesch wenn nicht angehört, so doch wenigstens nahesteht, einwandfrei festgestellt. Auf die Meldung davon hat der Oberpräsident die nötigen Maßnahmen getroffen.

Der Sangerhäuser Landarbeiter für die Einigkeit.

Am Sonntag, den 15. August, fand in Sangerhausen eine Kreiskonferenz des Landarbeiterverbandes statt, auf der zu der Spaltung der Landarbeiter in den beiden Mansfelder Kreisen Stellung genommen wurde. Die Delegierten waren einmütig der Ansicht, daß durch derartige Quertreibereien der Führer des Mitteldeutschen Landarbeiterverbandes nur die Stoßkraft der Organisation zertrümmert würde. Sie erkennen an, daß einzelne Fehler innerhalb der Organisation vorhanden sind, die aber nicht behoben werden durch den Austritt der Mitglieder aus der Organisation.

Folgende vom Kreissekretär Kollegen Grimm eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im Herrenkrug zu Sangerhausen stattgefundene Kreiskonferenz des Landarbeiterverbandes verurteilt auf das allerentschiedenste die Absplitterungsversuche, wie sie in Mansfeld zur Gründung eines Mitteldeutschen Landarbeiterverbandes geführt haben. Die Delegierten erblicken darin eine Schwächung der Stoßkraft der Organisation und stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß durch solche Quertreibereien nur den Agrariern in die Hände gearbeitet wird. Die Delegierten verpflichten sich, ihre ganze Kraft der Organisation zur Verfügung zu stellen und für die Befreiung der Landarbeiter aus den Klauen der Agrarier einzutreten."

Eine Landarbeiterkonferenz für Braunschweig-Wolfenbüttel, auf der 10 000 Mitglieder vertreten waren, wies das reaktionäre und diktatorische Verhalten des Verbandsvorstandes gegenüber den USP.-Angestellten zurück. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird dem Gauleiter Berking und den Kreisleitern das Vertrauen ausgesprochen und die Erwartung, daß durch eine andere Verwendung des Gauleiters Schrader der Streit beigelegt wird. Ferner wird erwartet, daß keine Entlassungen wegen politischer Zugehörigkeit erfolgen. Alle Loslösungsbestrebungen würden bekämpft werden.

Die Arbeit der Elternbeiräte.

Von Oberlehrer Dr. Th. Neubauer (Erfurt).

I.

Solange die bürgerlich-kapitalistische Klassenherrschaft in Deutschland noch ungebrochen dastand, hütete sie sich, das Volk zur Mitarbeit in Schul- und Erziehungsfragen aufzurufen. Wer viel fragt, erhält viele Antworten, hieß es bei den Preußen. Darum fragte man lieber gar nicht, zumal man wußte, daß ein großer Teil der Antworten durchaus nicht schmeichelhaft ausfallen würde. Der ganze Schulmachtmonismus lief so viel reibungsloser, wenn sich die Arbeit hinter den Kulissen vollzog und niemand darein zu reden Gelegenheit fand. Deshalb wurde das ganze „öffentliche" Erziehungswesen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geleitet — daher der Name „öffentlich" — von den Regierungsmännern und ihren dienstfertigen Geistern.

Die Revolution von 1918 hat den Bau der bürgerlich-kapitalistischen Klassenherrschaft ins Wanken gebracht; sie hat auch die Macht der Schulbesitzer gebrochen und zunächst einen lockeren Uebergangszustand geschaffen, der eine Menge neuer Möglichkeiten der Entwicklung bietet. Diese gilt es auszunutzen. Darin besteht die nächste Aufgabe der sozialistischen Elternbeiräte und der hinter ihnen stehenden breiten Volksmassen. Genauer gesagt: Die Aufgabe der sozialistischen Elternbeiräte ist eine doppelte: Bekämpfung der Reaktion, wo immer sie auftritt, und Vorwärtstreiben der Entwicklung im Sinne unseres sozialistischen Schulprogramms.

Die Arbeit der Elternbeiräte kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie in engster Fühlung mit den Volksmassen geschieht. Sie dürfen deshalb nicht zu einem Klüchen von mehr oder minder schlechten Schulpolitikern werden, sondern sie haben ihre Arbeit vor der Oeffentlichkeit zu leisten und der Oeffentlichkeit darüber Rechenschaft abzulegen. Das ist folgendermaßen zu verstehen: Bevor der Elternbeirat einer Schule oder die vereinigten Elternbeiräte eines größeren Bezirkes irgendeine Sache in der offiziellen Sitzung zur Verhandlung bringen, berufen sie eine Elternversammlung, bringen ihre Sache vor und regen zu einer ausgiebigen Aussprache an. Dabei werden sie am besten die Meinung ihrer Wähler kennen lernen, es wird ihnen noch manches Wichtige zur Sache mitgeteilt werden und manches zu größerer Klärung gelangen. Und vor allem: sie werden in den Elternkreisen selbst das Interesse und Verständnis für die Aufgaben der Erziehung erwecken und vertiefen, ohne das ein Elternbeirat nun eben einmal nicht arbeiten kann. Ist dann die Angelegenheit in der offiziellen Elternbeiratssitzung zur Verhandlung gekommen, so wird wieder eine Elternversammlung einberufen, der ein Bericht erstattet wird und in der über die Ergebnisse und Folgen der Verhandlung und über weitere Maßnahmen gesprochen wird. Es ist dabei notwendig, daß die Berichte von einem Referenten gegeben werden, der sich in seine Sache gründlich eingearbeitet hat.

Angelegenheiten allgemeiner Art müssen in einer Zusammenarbeit aller beteiligten Elternbeiräte und Elternschaften behandelt werden. Setzen wir z. B. folgenden Fall: an einem größeren Orte ist noch nichts geschehen, um die von der Reichsverfassung geforderte Einführung des Arbeitsunterrichtes zu verwirklichen. Dann werden die zu einem örtlichen Verband zusammengeschlossenen Elternbeiräte eine gemeinsame Sitzung anberaumen, um über diese Sache zu beraten. Darauf wird eine allgemeine Elternversammlung einberufen, in der das Thema: Der Arbeitsunterricht behandelt wird. Nach gründlicher Aufklärung und Aussprache wird beschlossen, eine gemeinsame Aktion aller Elternbeiräte zwecks Einführung des Arbeitsunterrichts in die Wege zu leiten. Aufgabe der Elternbeiräte an den einzelnen Schulen ist es dann, diese Aktion durchzuführen, stets, wenn sich Schwierigkeiten einstellen, unter erneuter Fühlungnahme mit der Elternschaft.

Die bürgerlichen, christlichen, unpolitischen oder wie sich die reaktionär-politischen Elternbeiratsmitglieder sonst noch nennen mögen, werden meistens dieses Vorgehen der zielbewußten Elternbeiräte zu sabotieren suchen. Daraus werden natürlich Gegensätze und Kämpfe entstehen. Darum ist ein Zusammenschluß der proletarischen Elternbeiräte unbedingt notwendig. Alle örtlichen Elternbeiräte müssen sich deshalb zusammenschließen zu einem Ortsverband; alle Orte eines Bezirks zu einem Bezirksverband sozialistischer Elternbeiräte; die einzelnen Bezirke zu einem Provinzial- oder Landesverband. Der Ausbau dieser Organisation muß sofort begonnen und planmäßig durchgeführt werden, und zwar in enger Fühlung mit der Partei. Denn diese wird es ja sein, die unsere Schulforderungen der Regierung gegenüber zu vertreten hat und das starke Rückgrat für die ganze Bewegung bilden muß.

Closchwitz. Parteifest. Bei herrlichem Wetter konnte die USPD. Closchwitz-Krebitz ihr Parteifest mit Bannerweihe und Kinderfest feiern. Von nah und fern waren die Genossinnen und Genossen herbeigeeilt. Wirkungsvoll war die Festrede des Genossen Franz Müller (Kloster-Mansfeld). Brausend erscholl das Hoch auf die Internationale und staunend sahen die Agrarier auf den imposanten Demonstrationszug für den Sozialismus, gegen Reaktion und Kapitalismus.

Closchwitz. Gemeindevertretersitzung. Beim Punkt Besteuerung des reichsfreien Einkommens durch die Gemeinde entstand eine lebhafte Debatte. Um Geld in die Gemeindekasse zu bringen, sollte die Besteuerung eingeführt werden. Der Parteivorsitzende Genosse Reck stellte den Antrag auf Ablehnung. Auf Grund der Begründung beschloß die Vertretung, den Beschluß auf Besteuerung zurückzustellen, bis Klarheit [illegible] welchen Anteil die Gemeinde vom Reich erhält. Zur Grundsteuer wurden 500 Prozent, zur Gebäude- und Gewerbesteuer 400 Prozent, Zuschläge festgesetzt. Der Antrag der Mehrheitssozialisten, 500 Prozent zur Gewerbesteuer zu schlagen, wurde gegen die Stimmen der SPD. und USPD. Vertreter abgelehnt. Als [illegible] wurde Herr Otto Richter verpflichtet. Für Arbeiten in der Gemeinde wird der Stundenlohn auf 3,50 Mk. erhöht. Weiter beschloß die Vertretung, an Herrn Zwanzig und die Gewerkschaft Johannashall je eine Aufforderung anlangen zu lassen, die Einzäunungen der Grundstücke auf die Grenzen zurückzusetzen.

Sangerhausen. Der Weg der kapitalistischen Ausbeutung geht über Leichen. In der Aktien-Maschinenfabrik ist, wie schon gemeldet, der Streik ausgebrochen. Die Streikleitung wandte sich an den Gewerbeinspektor mit dem Ersuchen, dafür zu sorgen, daß die beschäftigten Lehrlinge nur für die Arbeit verwendet werden, für die sie angenommen sind. Der Inspektor versprach, nach der Richtung hin wirken zu wollen. Aber die Direktion und deren Meister kehrten sich weniger an diese Anordnung und Selbstverständlichkeiten, sondern sie benutzten am Montag morgen wiederum die Lehrlinge zum Schieben der mit der Bahn angefahrenen Kohlenladungen. Dabei kam der kurz vor Beendigung seiner Lehrzeit stehende Formerlehrling Siering unter die Räder, sodaß ihm ein Bein abgequetscht wurde. Es ist geradezu empörend, wie leichtfertig diese Gesellschaft mit den Menschenleben umwirft. Anstatt den für Hungerlohn arbeitenden Vollarbeitern ein paar Groschen Zulage zu gewähren, läßt man diese in den Streik treten und richtet dann Menschenleben zugrunde. Es wird hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft diesem elenden Ausbeutungs- und Mörderbystem ein Ziel setzt.

Im Kreise Eckartsberga referierte Genosse Kilian am Sonnabend und Sonntag in drei öffentlichen Versammlungen. War die Versammlung in Göllveda bedauerlicherweise nur schwach besucht, so gestaltete sich die in Wiehe interessant durch eine Auseinandersetzung mit der dort stationierten deutschnationalen Parteisekretärin. Deren Lage war allerdings so schwierig, daß sie sich Angriffspunkte außerhalb des Referats suchen oder solche erfinden mußte, welch letztere Uebung bei den Versammlungsbesuchern lebhaften Unwillen auslöste. Wie immer in deutschnationalen Reden, spielte natürlich auch bei Fräulein Förstemann der dicke Schinkenbrote und weißen Kuchen essende und trotzdem unzufriedene Stadtarbeiter aus dem Mansfeldischen eine Rolle. Mit Recht ereilte die deutschnationale Märchenerzählerin das Schicksal ihrer ständig am Orte wohnenden Gesinnungsgenossen: sie wurde ausgelacht. Guten Besuch und prächtigen Verlauf zeigte die Versammlung in Lossa. Man darf annehmen, daß die Versammlungen wegen der lehrreichen Referate, die gehalten worden sind, die Parteibewegung fördern und die sozialistische Erkenntnis der Parteimitglieder vertiefen werden.

Bitterfeld. Wegen Fahrraddiebstahls ist der Arbeiter Wilhelm Lehmann aus Holzweißig festgenommen worden. Man fand bei ihm eine französische Nennmaschine, Marke Dermot, Nummer 102 850, grünen Rahmenbau mit gelben Speichen, gelben Felgen, mit Freilauf ohne Rückstrittbremse und Schlauchmantelbereifung; ferner ein fast neues Dürkopprad, Nr. 691 012, schwarzer Rahmenbau mit gelben Streifen, noch oben gebogener Lenkstange, gelben Felgen mit schwarzen Streifen und Torpedofreilauf. Beide Maschinen scheinen unter Wert gekauft oder gestohlen worden zu sein. Die Räder sind bei der Polizei in Gewahrsam genommen und können von den Eigentümern selbst abgeholt werden.

Wolfen. Das Gut Roßdorf bei Jeßnitz ist von der Aktiengesellschaft für Anilinverwertung angekauft worden.

Gräfenhainichen. Verein für Kleingartenbau. Ein aus drei Genossen bestehender Ausschuß hatte sich die Aufgabe gestellt, Vorbereitungen für die Einrichtung des Kleingartenbaues zu treffen, wobei große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die Besitzer und Landpächter protestierten gegen diese Bestrebungen und stellten, um sie unmöglich zu machen, recht hohe Forderungen, zwischen 250 und 500 Mark für den Morgen. Die Widerstände wurden jedoch überwunden und die Vorarbeiten des Ausschusses führten zu gutem Erfolge. Für jedes Mitglied sind 400 qm vorgesehen, die Gärten liegen gleich am Rande der Stadt, was für die Interessenten sehr vorteilhaft ist. Um nun dem Unternehmen eine feste Grundlage zu schaffen, wurde zu Donnerstag, 12. August, eine Versammlung einberufen, in der Gen. Ließ über die Vorarbeiten Bericht erstattete. Dann ging man an die Gründung eines Vereins, der sich Verein für Kleingartenbau, Gräfenhainichen, nennt und bereits die stattliche Zahl von 110 Mitgliedern umfaßt. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mark, der Beitrag monatlich 0,50 Mark. Der Vorstand besteht aus sieben Personen, Gen. Ließ ist erster Vorsitzender. Dem Vorstand steht ein Gartenausschuß von 5 Mitgliedern zur Seite. Mit den Arbeiten wird noch in diesem Jahre begonnen.

— **Aus der Partei.** In der gutbesuchten Mitgliederversammlung wurde der Bericht über den Verlauf der Generalversammlung in Delitzsch gegeben. Gen. Rutsch referierte über die politische Lage; er sprach über die Regierungsbildung, die folgerichtige Haltung unserer Partei, über die Wirtschaftskrise und die Rede des Außenministers Simons. Gen. Ließ behandelte die Agitation und Organisation. Beide Referate wurden von der Versammlung günstig aufgenommen, diese erklärte sich mit den Ausführungen ohne Debatte einverstanden.

Freiroda. Die Schulfeldverpachtung hat hier eine derart schwindelnd hohe Pachtsumme gebracht, daß man den Pächtern, meist Arbeitern, den Vorwurf machen muß, sie leisten dem Wucher Vorschub. Es wurde meistbietend verpachtet und ein Pachtpreis für vier Parzellen, je zirka ¼ Morgen groß, von 270 bis 345 Mk. pro Jahr erzielt. Bisher brachten genannte Parzellen zusammen 83 Mk. im Jahr, jetzt 1265 Mk. Ein anderer Teil des Schulfeldes von rund acht Morgen, welches in zehn Parzellen aufgeteilt wurde, bringt einen Jahresertrag von 340 bis 490 Mk., insgesamt 4220 Mk., sodaß das hiesige Schulfeld in einem Jahre 5485 Mk. einbringt. Es wäre zu wünschen, daß ein baldiger Preisabbau käme, damit die Pächter ob ihrer unsinnigen Preistreiberei ein recht trübliches Andenken behielten.

Kreis Liebenwerda. An die sozialistische Arbeiterschaft! Von rechtsradikaler Seite der heimtückischen und reaktionären Gesellschaft, die die Arbeiterklasse umlauert, ist der ganze Kreis in Erregung versetzt worden. Monatelang hat man im Geheimen gewühlt und Vorbereitungen getroffen, um die sozialistische Arbeiterklasse auf Verabredung niederzuschlagen. Am 12. August sollte der Ueberfall und die Beseitigung der Arbeiterführer erfolgen. Der ganze Plan wurde verraten und durchkreuzt, weil die Arbeiterschaft wachsam war. Das geheime Netz war weit verbreitet und dürfte es noch sein. Elsterwerda, war der Knotenpunkt, von wo aus die Fäden bis nach Sachsen weiterliefen. Die in den Morgenstunden des 12. August durch ein Landjägerkorps und Arbeiterführer vorgenommene Untersuchung hat zwar nichts feststellen können, doch werden die Spuren weiter verfolgt. An die Arbeiterschaft des Kreises ergeht der Aufruf, sich nicht provozieren zu lassen, aber desto wachsamer zu sein, um nötigenfalls mit Entschlossenheit und aller Schärfe einmütig im Handeln jeden Putschversuch zu zerschlagen. Die Gefahr ist noch nicht vorüber, die Gegner werden weiter wühlen. Arbeiter, bleibt ruhig, aber steht geschlossen zur Abwehr!

Der Kreisvorstand USP.

Liebenwerda. Neufestsetzung der Fleischpreise. Der Kreisausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am Montag mit der Neuregelung der Fleisch- und Brotversorgung. Es wurde beschlossen, den Fleischern die Auslegung von Kundenlisten aufzugeben und die Schlachtungen wie zu Beginn der Zwangsbewirtschaftung den 28 Versorgungsbezirken des Kreises zu übertragen. Der Kreisausschuß wählt für jeden Versorgungsbezirk eine Ueberwachungskommission von 3 Mitgliedern. Der Preis für ein Pfund Rind-, Hammel- und Kalbfleisch, sowie für Wurst- und Fleischwaren aus den vorgenannten Fleischsorten wurde auf 7,60 Mk. festgesetzt. Zum Schluß erfolgte unter Teilnahme von zwei Vertretern der Kreisvereinigung der Bäckermeister die Neuregelung der Brotversorgung. Die bisher gültigen Bestimmungen werden weiterhin in Kraft bleiben.

Herzberg. In der Stadtverordnetensitzung am 13. August wurde folgendes erledigt: 1. Beschlossen wurde der Ausbau des Dachgeschosses des städt. Grundstückes in der Uferstraße zu Wohnungen. Die Arbeiten wurden dem Unternehmer Mook von hier, welcher den niedrigsten Kostenanschlag mit 142 476,80 Mk. eingereicht hatte, übertragen. Ein Darlehen von 150 000 Mk. aus der Stadtsparkasse, mit 4¼ Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation, wurde dazu angenommen. 2. Als Beisitzer zum städt. Mietentziehungsamt wurden, als Vertreter der Vermieter gewählt: Postsekretär Klage und Fabrikarbeiter Hartwich. 3. Dem Vorsitzenden des Mietentziehungsamtes, Amtsgerichtsrat Lewie, wurde die Entschädigung auf seinen Antrag hin von 200 auf 400 Mk. jährlich erhöht. 4. Der Schuldienerin wurde, ebenfalls auf Antrag hin, ihr Bareinkommen auf monatlich 150 Mk. vom 1. Juli an erhöht.

— **Feuer.** Am Montag vormittag gegen ½11 Uhr brach in einem Gebäude in der Schlieberstraße Feuer aus. Da das Gebäude, wie das ganze Stadtviertel aus Gebäuden älterer Bauart besteht, war eine große Gefahr vorhanden. Infolge des schnellen Eingreifens der Feuerwehr brannte nur der Dachstuhl von einem Gebäude herunter. Durch Beschädigung der Häuser bei den Löscharbeiten wurden trotzdem einige Familien wohnungslos, was bei dem Wohnungsmangel sehr bitter für die Betroffenen ist.

— Ein großes Fischsterben macht sich zurzeit wieder einmal in der Schwarzen Elster bemerkbar. Im unteren Lauf treiben die toten Fische in großen Mengen; auch vom oberen Laufe her kommen gleiche Berichte. Hier will man bei Besichtigung toter Fische wahrgenommen haben, daß die kleinen Schlammaal angesetzt hatten. Wahrscheinlich ist eine erhebliche Verunreinigung des Wassers die Ursache, herbeigeführt durch die Abwässer der Kohlengruben oder auch durch Verpestung der kleinen Elster oder der Röder. Dem Vernehmen nach wird seitens der Kreisbehörde den Ursachen der zutage getretenen, für die Volksernährung sehr bedauerlichen Erscheinungen nachgeforscht.

Köthen. Eisenbahnunglück. Infolge vorzeitigen Umstellens einer Weiche entgleiste am Montag auf dem hiesigen Bahnhof vom Personenzug 466 ein Wagen. Einige anscheinend leicht verletzte Reisende konnten die Fahrt, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch genommen zu haben, fortsetzen. Der Materialschaden ist unerheblich, der Betrieb nicht gestört. Der Zug erlitt 50 Minuten Verspätung.

Hettstedt. Wiederaufnahme im Prozeß Gericke? Wie verlautet, ist im Prozeß gegen den Bürgermeister Gericke Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahren gestellt worden.

Magdeburg. Die Pressestelle des Oberpräsidiums meldet unterm 17. August: Heute vormittag 9 Uhr 35 Min. ist auf dem Domplatze in Magdeburg auf den Regierungsrat Dr. Hänßchel ein Revolveranschlag verübt worden. Der Schuß scheint aus dem Garnisonlazarett abgegeben worden zu sein. Die Kugel schlug etwa 10 bis 12 Meter vor Dr. Hänßchel ein. Man schreibt gewunt an Bedeutung durch die Tatsache, daß Regierungsrat Dr. Hänßchel die Untersuchung gegen die Fascholmedzentrale und die mit ihr verbundenen Organisationen führt. Die Untersuchung durch das Polizeipräsidium ist eingeleitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 18-11/fragment/page=0003

Betriebsräte des Reviers Halle

Freitag, den 20. August, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des Volkspalastes zu Halle eine

Vollversammlung

sämtlicher Betriebsräte statt.

Tagesordnung:

Wie stellen sich die Betriebsräte zu dem am 13. August gefaßten Beschluß des Gewerkschafts-Kartells.

Vollzähliges Erscheinen erwünscht 2986

Der Geschäftsführende Ausschuß der V. R.-R.

USP. **Eilenburg.** USP.

Freitag, abends 8 Uhr, in der Quelle:

Versammlung.

Tagesordnung: *1483

Betrachtungen über Spa.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

B. B.B. **Betks Bunte Bühne,** Ecke Gr. Ulrichstr. u. Jägergasse.

Neu! **Liseri und der Moar** Neu!

in ihrer neuen Alpenszene

„Der Wildschütz".

Neu! Der Moar als Meisterschütze. Neu!

Kaiser-Wilhelms-Halle.

Donnerstag: **Der große Ball.**

Neues Parkett. 2979 Volles Orchester.

Bratwurst glöckle-Varieté.

2981 Täglich abends 7 Uhr der

vorzügl. neue Spielplan

mit Heinrich Löffler, Chappi-Duo, Felix Varadi und den übrigen erstklassigen Künstlern.

Alte Promen de 11, Ecke Gr. Ulrichstr.

Max Eigls gresses anatomisches Museum (aus München)

Der „Mensch"

kommt nach Halle.

Eröffnung Sonnabend, d. 21. Aug., im Spiegelsaal des „Wintergarten", Magdeburger Str. 56.

Personen unter 18 Jahren ist der Zutritt polizeilich untersagt. 2985

Krawatten 2695

Binder-Regattes

bedeutend ermässigt.

Dauerwäsche-Vertrieb,

Kl. Berlin 2, 1 Tr., Ecke Sternstraße.

Billige Seefische

aus Donnerstag eintreffendem Kühlwagen

Goldbarsch	ohne Kopf Pfund nur	230 Pf.
Seelachs	ohne Kopf Pfund nur	250 Pf.
Kabeljau	ohne Kopf Pfund nur	270 Pf.
Angelschellfisch	großer 1/2 Pfd nur	225 Pf.
Angelschellfisch	mittel Pfd. nur	195 Pf.

auch bei größter Hitze nur tadellose, frischeste Ware, keine Kühlhausware. Da wir als einzigstes Unternehmen in Deutschland über eine eigene Fischdampferflotte und eigenen Fischereihafen verfügen, so können unsere Fische direkt aus dem Fischdampfer in den Kühlwaggon verladen werden.

Hochfeine Fette, zarte Bücklinge.

ff. geräuch. Aal. :: Neue Kraterings.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"

Deutschlands größter Fischhandel.

Eigene Einkaufsstellen in Altona, Geestemünde, Cuxhaven und Holland.

Eigene Räuchereien in Altona u. Nordenham.

Leipziger Straße 88 Fernruf 1794. — **U.T.** — **Alte Promenade 11a** Fernruf 5786.

Nur noch bis Donnerstag! **Der Leiermann** Große Drama in 5 Akten mit Max Neufeld, Liane Haid.

Nur noch bis Donnerstag! **Die Geächteten** (Der Ritualmord) Gigantisches Filmwerk in 7 Akten. 2986

Auf dem Rossplatz!

Figur 8 Bahn

noch täglich geöffnet. *1484

Licht-Spiele Gr. Ulrichstr. 51. Fernruf 4691.

Bis einschließlich Donnerstag!

Die blonde Magda.

Liebesdrama in 4 Akten.

Hierzu:

Das urkomische tolle Lustspiel

Ede & Co.

— 5 Akte. — 2902

Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachm. kleine Preise bei vollem Programm!

Einlaß 3½, Beginn 4 Uhr. Letzte Vorstellung 8.15 Uhr.

Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Frische Seefische.

Donnerstag früh eintreffend:

2500 Pfd. Kabeljau, ohne Kopf	Pfund	2.60 M.
2500 Pfd. Seelachs, ohne Kopf		
2000 Pfd. gr. Schellfisch, o. K.		
2000 Pfd. Goldbarsch, o. Kopf		
1000 Pfd. große Scholle, Pfd.		4.00 Mk.
Kotelett . . . . . Pfd.		3.00 Mk.

Für Wiederverkäufer:

*1489 Feinste dänische

Fettbücklinge, Kiste 5 Pfund Inhalt, **26.00** Mk.

Freitag früh eintreffend:

10 000 Pfd. gr. Angelschellfisch, Pfd. 1.60 Mk.

2000 Pfd. Petermann, „ 1.40 „

Friedrich Krahmer, Fluß- und Seefischhandlung.

Fernsprecher 6306. Fischerplatz 3.

Markttage: Verkauf am Wochenmarkt.

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Donnerstag, den 19. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68501—70000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber mit den Nummern 70001—72500, nachmittags von 2—4 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mk. abgegeben werden.

Städtischer Verkauf von Rohgoulasch, Milchsülzspeise, Milchpulver und Malzextrakt

in der Talamtschule, am Donnerstag, den 19. August.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27001—33000 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 33001—40000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Kilo-Dose Rohgoulasch zum Preise von 11 Mk., 2 Pakete Milchsülzspeise zum Preise von 55 Pf. für 1 Paket, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mk., und 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk. abgegeben werden.

Zuckerumtauschkarten.

Es ist festgestellt worden, daß von seiten hiesiger Kleinhändler Zuckerumtauschkarten beliefert worden sind. Eine derartige Maßnahme ist unstatthaft und widerspricht den getroffenen Bestimmungen. Ferner laufen die Kleinhändler Gefahr, daß ihnen Umtauschkarten nicht gutgeschrieben werden. Wir ersuchen wiederholt, Vorsicht von Zuckerumtauschkarten an das Bureau für Lebensmittelscheine, Marktplatz 22, Erdgeschoß, zu verweisen, woselbst ihnen unter Vorlegung des Reichscheines die für den laufenden Monat gültigen Zuckermarken ausgehändigt werden.

Die Gültigkeitskarte Nr. 17 zum grünen Ausweis des Maschinenstrickers Engelschmidt und der vorläufige Ausweis Nr. 644 des Unteroffizier Otto Torac, beide von der Gruppe 1 der hiesigen Sicherheitspolizei, sind verloren gegangen und für ungültig erklärt worden. Die Polizeiverwaltung.

Auf eine fernere dreijährige Amtsdauer sind gewählt und bestätigt worden: 1. Zum Schiedsmann: Herr Rektor Johannes Roth, Talamtstr. 3, für den 2. Bezirk. Herr Kaufmann Bernhard Lasch, Schweizerstraße, 11a, für den 7. Bezirk. Herr Kaufmann Otto Schaal, Wörmlitzer Str. 107, für den 8. Bezirk. Herr Kaufmann Alfred Heine, Albert-Schmidt-Str. 9, für den 9. Bezirk. Herr Lehrer Ferdinand König, Liebenauer Str. 17, für den 11. Bezirk. Herr Kaufmann Paul Elsässer, Merseburger Str. 5, für den 12. Bezirk. Herr Dachdeckermeister Friedrich Grossmann, Lauchstädter Str. 11, für den 14. Bezirk. Herr Kaufmann Hugo Grosse, Freiimfelder Str. 3, für den 17. Bezirk. Herr Privatmann Karl Jänicke, Marienstr. 7, für den 21. Bezirk. Herr Zimmermeister Gottwerth Eisenschmidt, Johnstraße 7, für den 23. Bezirk. Herr Kondiktor Otto Kopf, Sophienstr. 12, für den 24. Bezirk. Herr Kaufmann Karl Bertels, Ludwig-Wachtlerstr. 70, für den 29. Bezirk. Herr Kaufmann Hermann Bettels, Kronprinzenstr. 2, für den 30. Bezirk. Herr Musiklehrer Louis Beyer, Reilstr. 37, für den 31. Bezirk. II. Zum Schiedsmannstellvertreter: Herr Kaufmann Theodor Mertens, Langestr. 19, für den 7. Bezirk. Herr Tapezierer Ernst Faah, Verdenstedtstr. 16, für den 8. Bezirk. Herr Lehrer Richard Sommer, Beesener Str. 10, für den 10. Bezirk. Herr Malermeister Kurt Biesecker, Pfännerhöhe 13, für den 11. Bezirk. Herr Prokurist Bruno Schlbesich, Merseburger Str. 71, für den 12. Bezirk. Herr Kaufmann Paul Cincecke, Gretlerstr. 35, für den 13. Bezirk. Herr Kaufmann Otto Stope, Charlottenstr. 12, für den 15. Bezirk. Herr Drogist Paul Frische, Delitzscher Str. 74, für den 17. Bezirk. Herr Zimmermeister Friedrich Eisenschmidt, Berliner-Straße 7, für den 20. Bezirk. Herr Buchgemeister Hermann Schustet, Kranzenstr. 28, für den 26. Bezirk. Herr Verlagsbuchhändler Hermann Gesenius, Mühlweg 54, für den 27. Bezirk. Herr Malermstr. Willy Buschmann, Ludwig-Wuchtlerstr. 32, für den 29. Bezirk. Herr Chausseehausmann Bruno Hanke, Heinrichstr. 12/13, für den 30. Bezirk. Herr Installateur Hermann Lücke, Gr. Brunnenstr. 22, für den 32. Bezirk.

Sangerhausen

Fleischverkauf.

Von Mittwoch, den 18. d. Mts., nachmittags von 5 Uhr an wird bei dem Fleischermeister Eberhardt, Rindfleisch auf die Fleischkarte dieser Woche verkauft.

Sangerhausen, den 18. August 1920.

*1490 Der Magistrat.

Hausbrandversorgung.

Auf Abschnitt 20 der Kohlenkarte bei Herrn Kaete, Brikettverkauf am 18. August von Nr. 2385—2785.

Sangerhausen, den 17. August 1920.

*1489 Der Magistrat (Ortskohlenstelle).

Unter dem Viehbestande des Landwirts Franz Gerstinghoff, hier, Kyffhäuserstraße 3, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Sangerhausen, den 16. August 1920.

*1480 Polizei-Verwaltung.

Unter dem Viehbestande des Mühlenbesitzers Hermann Winkler hier, Thälersberg 2 wohnhaft, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Sangerhausen, den 17. August 1920.

*1489 Die Polizeiverwaltung.

Bitterfeld

Fleischversorgung.

In der Woche vom 15.—21. August kommen auf den Fleischmarkenabschnitt Nr. 3 zur Verteilung: a) Für die Fleischverkaufsstellen der Bezirksschlächtereien Zörbig, Jeschorwitz und Hüben pro Person 150 Gramm Frischfleisch, Kinder unter 6 Jahren 75 Gramm. b) In den übrigen Verkaufsstellen der Bezirksschlächtereien des Kreises pro Person 125 Gramm Auslandsspeck. Der Kleinverkaufspreis beträgt: Frischfleisch 8,15 Mk. je Pfund, Auslandsspeck 11,75 Mk. je Pfund.

Bitterfeld, den 17. August 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.

J. V.: Slammer, Kreisdeputierter.

Stuhlsitze aus Holz. 2000 in allen Größen.

Löbel, Steinweg 93, Leipzigerstr. 8, Merseburgerstr. 8, Merseburgerstr. Bahnhofstr.

Ostern: Schulauischestraße 8.

+ Frauen. +

Bei Störungen des Monatl. Vorgang. helfen Dr. Schreiters Monatstropfen, Fl. 14 Mk., Pulv. u. Tee 12,50 Mk. Gummiwaren, Douchen. Preisliste grat. durch Versandhaus Germania, Halle (Saale), Landsberger Str. 51. 2985

Getreide- und Kartoffel-Säcke verkauft *1481

H. Schnabel, Zörbig.

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Alte Stempel liefert schnell und billig **Otto Schnelders Stempelfabrik Neumarktstr. 9**

Reparaturen an 2035

11 Uhren 11

übern. bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.

H. Lerner, Uhrmacher, Große Steinstraße 85, (gegenüber Barfüßerstr.)

Apollo-Theater. 2984 Tägl. 8 Uhr.

„Nanni geht tanzen."

Sonnabend, zum ersten Male:

Eine Nacht i. Paradies

Vorverk. 9-1 u. 5-½7 Uhr.

Arb.-Radfahrerb. Solidarität, Ortsgruppe Halle (Saale). Sonntag, 22. August, von nachmittags an, im „Volkspark" in beiden Sälen und im Garten: **Sportkartell-Fest,** bestehend in Blumenverlosung, Preisschießen und Kegeln.

Arb.-Radfahrerbund Solidarit., Nietleben. Sonntag, 22. August, im „Gasthof zur Sonne": **Vergnügen.** Es ladet freundlichst ein 2980 Der Vorstand.

Alte Modezeitungen empfiehlt die **Volks-Buchhandlung.**

Bettnässen, Befreiung garant. sofort. Alter- u. Geschlechts-Ang. **Schwerhörigkeit,** gef. gesch. Methode. Unsichtbar bequem zu tragen. **Flechtenleiden,** Dauerbeseitigung. Glänzende Anerkennung. **Graue Haare,** Erreichung d. Naturfarbe. Wunderbare Erfolge. Versand aller hyg., kosm., pharm. Präp. u. Neuheiten. Auskunft erteilt kostenlos mit Angabe des Wunsches. **Wohlfahrt Versand,** *1287 München 7 H, Hiltensbergerstr. 6.

Arbeitsmarkt

Aeltere, tüchtige

Bau- und Maschinenschlosser, Heizungsmonteure und Blechschmiede

werden gesucht *1488

Städt. Arbeitsamt, Fachabteilung f. das Metallgewerbe.

Die Bürgermeisterstelle

der Stadt Gräfenhainichen

(3600 Einwohner) ist infolge Ubertritts des derzeitigen Inhabers in den Ruhestand voraussichtlich zum Herbst d. J. zu besetzen. Das ruhegehaltsfähige Einkommen regelt sich nach der staatlichen Besoldungsordnung, Gruppe 10, Ortsklasse B. Besoldete Nebenbeschäftigung kann nur mit Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung ausgeübt werden.

Herren mit ausreichender Erfahrung wollen ihre Gesuche mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf bis 31. August d. J. einsenden. Persönliche Vorstellung nur auf besonderen Wunsch. *1479

Gräfenhainichen (Bez. Halle), 10. Aug. 1920.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Stollberg.

Maurer stellt ein Bau-geschäft **J. C. Möhus, Ammendorf.** *1482

Vorarbeiter, sowie tüchtige **Kesselschmiede** (perfekte Stemmer) für dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht. 2982 **Gustav Kamprath,** Metallgere Delitzscherstr. 26.

Ringofenarbeiter werden angenommen. **Ziegelei Otto Hille,** Halle-Trotha, Brachwitzer Straße 8.

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen

Franz Berbig,

sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten für die herzliche Teilnahme und die reichen Blumenspenden unseren herzlichst. Dank. Dank auch der Firma Wegelin & Hübner, seinen Meistern und Kollegen, welche ihm das letzte Geleit zur Ruhe gaben, und für die reichen Blumenspenden sowie für die Unterstützung in schweren Tagen. Ebenso Dank dem Bergsängerverein der Hallischen Röhrenwerke für die Unterstützung und Kranzspende, sowie dem Genossen der USPD. für Kranzspende u. sinnreiche Worte am Grabe herzlichsten Dank.

Halle, den 18. August 1920. 2988

Die trauernden Hinterbliebenen.

„Iduna", Lebens-, Pensions- u. Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G. zu Halle (Saale).

Vermögen. Vermögensrechnung Ende 1919. **Verpflichtungen.**

Vermögen		Verpflichtungen	
Grundbesitz	4 157 536 71	Deckungskapital	156 115 770 —
Grundstücksbeleihungen	15 614 540 40	Vorgetragene Beiträge	148 123 —
Wertpapiere	29 853 294 57	Rücklagen für schwebende Versch.	2 319 255 82
Darlehne auf Versicherungen	7 949 947 68	Gewinnrücklagen der Versicherten	22 [illegible] 653 60
Guthaben bei Bankhäusern und and. Versicherungs-Unternehmungen	3 058 461 90	Sonstige Rücklagen	7 136 018 40
Gestundete Beiträge	9 290 828 —	Guthaben anderer Versich.-Untern.	221 386 42
Rückständige Zinsen und Mieten	1 822 018 25	Barsicherheiten	336 693 38
Außenstände bei Vertretern	2 787 571 29	Sonstige Verpflichtungen	9 289 676 44
Bare Kasse	22 679 86	Gewinn	2 642 203 78
Geschäftseinrichtung	188 923 46		
Sonstige Forderungen	25 303 577 82		
Tilgungsstock d. „Hamb. Bers."	41 396 35		
*1487	200 705 775 79		200 705 775 79

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 18-11/fragment/page=0004

Das neue Amnestiegesetz.

Von Kurt Boenheim.

Vergeblich hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Reichstag verlangt, eine allgemeine politische Amnestie durchzuführen. Der Antrag ist an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Wir geben im nachfolgenden ein Merkblatt zu dem neuen Amnestiegesetz, aus dem ersichtlich ist, welchen Umfang und welche Tragweite das Amnestiegesetz hat. Hierbei sind die soeben erschienenen Ausführungsbestimmungen des Justizministers, die zwar für die Gerichte nicht bindend sind, aber für die Staatsanwälte bindende Anweisungen enthalten, berücksichtigt.

Merkblatt zur Amnestie.

1. Die Amnestie ist keine allgemeine Amnestie, also keine Amnestie, die sich auf alle strafbaren Handlungen bezieht. Sie bezieht sich vielmehr mit gewissen unten angegebenen Einschränkungen nur auf politische Delikte.

§ Sie ist aber auch keine allgemeine politische Amnestie. Straffrei sind nur folgende politische Handlungen:

a) 1. Diejenigen Handlungen, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen sind. Die Ausführungsbestimmungen des Justizministers bemerken hierzu: Wesentlich ist bei der Entscheidung, ob die Handlung zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens begangen ist, der Wille und die Vorstellung des Täters, daß er ein hochverräterisches Unternehmen bekämpft hat.

Die Teilnehmer an den Kämpfen, die im Anschluß an den Kapp-Putsch gegen Teile der Reichswehr, beispielsweise in Friedrichshagen, Köpenick, sowie im gesamten Ruhrrevier stattgefunden haben, sind daher straffrei, gleichgültig ob die Reichswehrtruppen tatsächlich auf seiten Kapps gestanden haben oder ob die Annahme der kämpfenden Arbeiter, daß es sich um kapttreue Truppen handele, zutreffend gewesen ist.

Auch die sogenannten Rädelsführer bei diesen Kämpfen sind straffrei.

In Zweifelsfällen wird zugunsten der Beschuldigten, wie der Justizminister ausdrücklich bemerkt, stets Straffreiheit einzutreten haben.

b) Hochverrat gegen das Reich. Nicht straffrei sind jedoch die Urheber und Führer des hochverräterischen Unternehmens. Ob eine Person Führer gewesen ist, kann im Einzelfalle zweifelhaft sein. Der Begriff des Führers ist sehr eng zu fassen. Die bereits erwähnten Ausführungsbestimmungen des Justizministers bemerken hierzu: Unter Führern und Urhebern, denen keine Straffreiheit gewährt wird, sind nur die Führer der Gesamtaktion, des Zentralunternehmens, des Unternehmens in seiner Totalität, nicht auch die Urheber und Leiter lokaler oder provinzieller Unternehmen zu verstehen.

Wer beispielsweise in Essen ein hochverräterisches Unternehmen geleitet hat, ist straffrei, denn er ist nur der Leiter eines lokalen Unternehmens gewesen.

Nicht straffrei sollen ferner nach der im Reichstag geäußerten Ansicht der Regierung sein, diejenigen hochverräterischen Unternehmungen, die gegen einen Bundesstaat allein gerichtet sind. Die vielen Tausende, die nach dem Sturz der bayerischen Räterepublik wegen ihrer Beteiligung an der Räterepublik zu schwersten Kerkerstrafen verurteilt sind, sollen demnach nicht unter die Amnestie fallen. So die Auffassung des Regierungsvertreters im Reichstag. Man wird freilich dieser Auffassung entgegenhalten müssen, daß der Hochverrat gegen Bayern zugleich ein Hochverrat gegen das Deutsche Reich gewesen ist. Gelingt es, den Verurteilten mit dieser Auffassung durchzudringen, so müssen sie als unter die Amnestie fallend angesehen werden. Denn sobald der Hochverrat sich gegen Reich und Bundesstaat richtet, findet die Amnestie zweifellos Anwendung.

c) Die Handlungen, die „im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen oder seiner Abwehr begangen worden sind". Der Begriff des Zusammenhangs ist für den Beschuldigten möglichst günstig auszulegen. Die Ausführungsbestimmungen des Justizministers bemerken hierzu: Es gehören hierher nicht nur Handlungen, die hochverräterischen Unternehmungen gegen das Reich oder ihrer Abwehr gedient haben, sondern auch solche Handlungen, die durch die politische Situation bedingt oder auch nur durch sie ausgelöst worden sind.

Es fallen beispielsweise also hierunter die Verurteilungen wegen der Januarkämpfe in Berlin (Besetzung vom „Vorwärts, Mosse, Ullstein, WTB.), sowie die Verurteilungen wegen der Märzkämpfe in Berlin (Polizeipräsidium, Lichtenberg). Ebenso fallen beispielsweise unter die Amnestie die Kämpfe, die die roten Armeen im Ruhrrevier zu bestehen hatten.

Gleichgültig ist, von welchem Gericht die Verurteilungen ausgesprochen sind, ob die Verurteilung von einem ordentlichen Gericht (Strafkammer, Schwurgericht) oder von einem mit Offizieren besetzten außerordentlichen Kriegsgericht erfolgt sind.

Straffreiheit tritt bei den Handlungen zu c) nicht ein:

a) Wenn die Handlungen „lediglich auf Rohheit, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhen".

Hat der Täter aus politischen Gründen, außerdem noch aber aus Eigennutz gehandelt, so fällt er unter die Amnestie, weil seine Tat in diesem Fall nicht lediglich auf Eigennutz beruht. In den Ausführungsbestimmungen des Justizministers wird darauf hingewiesen, daß die Tat selbst dann straffrei ist, wenn der Beschuldigte vorwiegend aus einem nicht politischen Beweggrund gehandelt hat.

Daher fallen unter die Amnestie beispielsweise auch diejenigen Personen, die im Januar 1919 sich an den „Vorwärts"-kämpfen beteiligt haben und nach der Behauptung der Anklagebehörde im Vorwärts nebenbei geplündert haben, vorausgesetzt jedoch, daß sie wegen der Plünderung nicht besonders bestraft sind. Ist in den Urteilsgründen für den Landfriedensbruch und für die Plünderung auf je eine besondere Strafe erkannt, so tritt Straffreiheit nur hinsichtlich der Verurteilung des Landfriedensbruchs ein.

In einzelnen wird es natürlich Auslegungssache sein, festzustellen, ob die Tat lediglich auf nicht politischen Beweggründen beruht. Dem Beschuldigten ist in allen Fällen zu raten, eine Entscheidung des Gerichts hierüber herbeizuführen. (Vergl. weiter unten.)

b) Wenn es sich um einen Mord, Totschlag, eine schwere Körperverletzung, einen Raub im Sinne des § 251 des StGB. oder um Brandstiftung handelt. Wer jemand bei den Kämpfen erschossen hat, fällt daher nicht unter die Amnestie, auch wenn die Kämpfe ein rein politisches Ziel hatten.

3. Die Strafverfolgungen sind, soweit die Amnestie Anwendung findet, sofort einzustellen.

4. Die Beschuldigten, die unter die Amnestie fallen, sind, soweit sie sich in Untersuchungshaft befinden, sofort aus der Haft zu entlassen. Ebenso sind die Strafgefangenen, die unter die Amnestie fallen, sofort aus den Gefängnissen oder Zuchthäusern zu entlassen. Die Angehörigen der noch in Haft befindlichen Verurteilten werden sich zweckmäßig sofort an den Verteidiger wenden, der die Verteidigung seinerzeit geführt hat, damit er für möglichst schnelle Entlassung Sorge trägt. Die Staatsanwälte haben zwar von sich aus die Entlassung zu veranlassen, es wird aber doch durch entsprechende Anträge eine Beschleunigung der Haftentlassung oft bewirkt werden.

Lehnt die Staatsanwaltschaft aber, falls das Verfahren bereits beim Gericht anhängig ist, das Gericht die Einstellung ab, so muß der Beschuldigte gegen den ablehnenden Beschluß Beschwerde einlegen. Soweit die Ablehnung von seiten des Gerichts erfolgt, muß die Beschwerde gegen den die Einstellung ablehnenden Beschluß binnen einer Woche eingelegt werden.

5. Wer seine Strafe noch nicht angetreten hat, braucht sie nicht mehr anzutreten. Er darf zum Strafantritt nicht mehr geladen werden.

6. Lehnen die Staatsanwaltschaften die Einstellung bei bereits rechtskräftig verurteilten Personen ab, so muß von den Verurteilten die Entscheidung des Gerichts herbeigeführt werden. Zuständig ist für die Entscheidung das Gericht, von welchem der Beschuldigte seinerzeit verurteilt ist.

7. Ist der Beschuldigte verurteilt und fällt er unter die Amnestie, so braucht er Gerichtskosten, die noch nicht bezahlt sind, nicht mehr zu bezahlen.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Die Anträge Wissels zur Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind in den vereinigten Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates angenommen worden gegen den heftigen Widerstand der Arbeitgebergruppe, die geführt wurde von dem Metallindustriellen Reinath. Wenn die Anträge trotzdem zur Annahme gebracht werden konnten, so zeigt das, daß sich die zwischen den Arbeitern und Unternehmern stehenden Gruppen des Reichswirtschaftsrates Gelehrte, sozialpolitische Fachleute und andere Persönlichkeiten, angesichts der ungeheuren und bedrohlichen Arbeitslosigkeit genötigt fühlen, auf die Seite der Arbeiterabgeordneten zu treten. Ob sie dies auf Grund ihrer Einsicht in die Harmlosigkeit der Anträge oder aus politischem Takt und sozialer Einsicht taten, ist gleichgültig und braucht von uns nicht untersucht zu werden. Sicher ist aber, daß der brennende Not nicht mit der nötigen Schnelligkeit gehemmt werden kann, wenn es bei der Verwirklichung der Anträge Wissels sein Bewenden hat.

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Der Grundstein berichtet, daß die Zahl der Arbeitslosen unter den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes während der ersten Juliwäche gestiegen, ist von 16 085 auf 18 010, ihr Verhältnis zum Mitgliederhundert von 3,25 auf 3,62 im Reichsdurchschnitt. Erschwerend sind die Zahlen aus einzelnen Bezirken. So waren im Bezirk Dresden am 12. Juli 10 Prozent Bauarbeiter arbeitslos, in Nürnberg 7 Prozent, in Leipzig 6,8 Prozent, in Frankfurt 6 Prozent. Von den 3,62 Prozent Arbeitslosen waren nur noch 1,50 Prozent zum Empfang von Verbandsunterstützung berechtigt, was darauf schließen läßt, daß die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit von langer Dauer sind.

In der Holzindustrie gab es nach einem Bericht der Holzarbeiterzeitung am 1. April 8451, am 7. Juni 18 435, oder 1,3 bzw. 7 Prozent Arbeitslose. Aehnlich erschreckende Zahlen hat unser Genosse Dißmann im Reichstag für die Metallindustrie genannt und in den meisten anderen Produktionszweigen ist es ebenso.

Ueber die Lage in der Textilindustrie schreibt das Blatt des Textilarbeiterverbandes, Der Textilarbeiter, am 31. Juli:

„Um die Wirkung der gegenwärtigen Krisis äußerlich zu erforschen, hat der Hauptvorstand am 119 Filialen Fragebogen gegeben. Auf Grund dieser Fragebogen ist festgestellt worden, daß seit 1. Mai 12 987 Maschinen aller Art vollständig zum Stillstand gekommen sind. 88 382 standen schon vorher still. Dabei sind nur 6111 Betriebe erfaßt, welche früher zusammen an 336 664 Personen beschäftigten. 28 547 Kollegen und Kolleginnen sind in jüngster Zeit entlassen worden. 39 177 Arbeitslose sind in diesen 119 Filialen vorhanden, und 141 234 Personen arbeiten verkürzt."

Inzwischen ist überall eine weitere Verschlimmerung der Zustände eingetreten und tausend Anzeichen sprechen dafür, daß das Maß des Elends noch nicht voll ist.

Wenn man den öffentlichen Versicherungen aller Sozialpolitiker mit oder ohne amtliche Eigenschaft Glauben schenken darf, dann sind alle Herzen voll von Sorge für die Arbeitslosen. Zum Teil ist die Sorge sogar echt. Die Arbeitslosigkeit, die industrielle Reservearmee, einst ein Segen für das Kapital, eine Einrichtung, die zu den Voraussetzungen der kapitalistischen Herrschaft in Wirtschaft und Staat gehörte, nimmt einen so erschreckenden Umfang an, daß den Nutznießern dieser Einrichtung — wiederum mit oder ohne amtliche Eigenschaft — bange davor zu werden anfängt. Trotzdem ist die Sorge bei den Unternehmern selbst am wenigsten fühlbar. Sie schwanken noch, ob sie ihrerseits zur Milderung der Erwerbslosigkeit beitragen sollen, um damit auch die Gefahr für ihr Herrenbasein zu mildern, oder ob es vorzuziehen sein wird, die Krise zu nutzen, um die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern.

Die Unverfrorensten unter ihnen gehen sogar vor, beides in einem zu wollen: sie behaupten beharrlich, der Abbau der Löhne sei das einzige Mittel, der Absatzkrise und Produktionsstockung zu begegnen und damit der Erwerbslosigkeit zu steuern.

Im Reichswirtschaftsrat haben allerlei sachverständige Leute, denen auch ein gewisser Einfluß nicht zu bestreiten ist, ausgesagt, daß diese Behauptung der Unternehmer irreführend sei. Nicht hohe Löhne, sondern zu hohe Preise seien schuld an der eingetretenen Absatzstockung. Ein Lohnabbau sei daher nicht ratsam. Wir haben schon bemängelt, daß kein Mensch im Reichswirtschaftsrat den Mut hatte, den Gedanken zu Ende zu führen und offen auszusprechen, daß nicht hohe, sondern zu niedrige Löhne und damit zu geringe Kaufkraft des Konsumentenpublikums die Ursache des „Käuferstreiks" sei.

Nun sind die Unternehmer keineswegs so leicht zu überreden, wie Arbeiter und Angestellte. Es fällt ihnen gar nicht ein, von ihrer Absicht, die Krise zum Zwecke der Lohnreduktion auszunutzen, abzustehen. Milde Ermahnungen wirken bei ihnen nicht. Darum wäre die notwendige nächste praktische Konsequenz der neuen, im Reichswirtschaftsrat aufgedämmerten Erkenntnis eine Verordnung, die den Unternehmern die Kündigung von Tarifen bis auf weiteres bündig untersagt, den Gewerkschaften aber volle Freiheit läßt, Löhne und Gehälter weiterhin nach Möglichkeit zu steigern, um sie den Preisen anzupassen und Markt und Produktion somit zu beleben. Wenn die Herren den Mut hätten, Konsequenzen zu ziehen, die den Unternehmern unbequem sind wie ihren Widersprüchen hervorrufen!

Allerdings wäre eine solche Maßnahme nur wirksam, wenn gleichzeitig Vorsorge getroffen wäre, daß höhere Löhne vom Profit getragen und nicht wiederum zum Vorwand für neue Preissteigerungen genommen werden. Wissell wies im Reichswirtschaftsrat darauf hin, daß ungerechtfertigt große Gewinne erzielt worden seien dadurch, daß verarbeitende Industrie und Handel auf Grund der ins Riesenhafte angewachsenen Rohstoffpreise die gleichen prozentualen Gewinnzuschläge berechnet haben, wie einst im Frieden. Wir behaupten sogar, daß teilweise noch höhere Quoten berechnet worden sind. In gleicher Weise aber ist die Lohnsumme bei der Preiskalkulation in Ansatz gebracht worden, so daß jeder Pfennig Lohnzulage einen Ertragewinn für den Unternehmer abgeworfen hat. Solange dieser Wucherbetrieb ungestört fortgesetzt werden kann, sind alle Maßnahmen zur Milderung der Krise ziemlich nutzlos.

Nun besteht, nach den jüngsten Beratungen zu schließen, im Reichswirtschaftsrat die Absicht, regulierend und mäßigend auf die Preise einzuwirken. Dann muß es auch möglich sein, Preisaufschläge auf Grund von Lohnzulagen zu unterbinden. Allerdings soll das nicht durch bureaukratischen Einfluß, sondern durch sogen. Selbstverwaltungskörper geschehen. Sollten damit die Arbeitsgemeinschaften gemeint sein, so möchten wir nicht unterlassen, daran zu erinnern, daß gerade sie mit ungewöhnlichem Eifer wegen jeder Lohnzulage entsprechende — oft auch nicht entsprechende, sondern höhere — Preisaufschläge für notwendig erklärt haben.

Andere Vorschläge des Antrages Wissell zur produktiven Erwerbslosenfürsorge, den wir zum Abdruck brachten, bezwecken die Verhinderung weiterer Betriebseinstellungen und die Neubelebung stillgelegter Produktionsstätten. Die Vorschläge steigern sich bis zur Androhung der Enteignung für den Fall, daß sich der einzelne Unternehmer weigert, sich den Geboten der noch nicht genannten behördlichen Stelle zu fügen und den Betrieb — mit oder ohne Finanzhilfe des Staates — fortzusetzen.

Wir wollen den Herren Reichswirtschaftsräten bei ihren sicher recht löblichen Absichten wahrhaftig nicht in den Arm fallen, aber wir wollen auch nicht verschweigen, daß wir uns nur einen geringen Erfolg von ihren Bemühungen versprechen.

Freudig begrüßen würden wir die angeregten Maßnahmen, wenn sie sich auf dem Wege zur Sozialisierung bewegen würden.

Obwohl sie diesen Eindruck zu erwecken suchen, wird die Förderung der Gemeinwirtschaft keineswegs ihre Folge sein. Die Anwendung der verschiedenen Mittel erfolgt nicht in allen Produktionszweigen und Betrieben gleichartig und gleichzeitig, sondern nach dem Bedarf des einzelnen Unternehmens und nach dem mehr oder minder guten Willen des Besitzers. Je günstiger und geschickter sich dieser zu den angedrohten Maßnahmen zu stellen weiß, um so milder wird er behandelt werden. Sind die genannten Absichten durchführbar, so werden sie vielfache Formen des staatlichen Einflusses und damit der Produktionsführung nebeneinander erzeugen und damit den Wirrwarr der Wirtschaft nicht vermindern.

Dazu kommen andere Bedenken. Daß die Absicht, die Preise herabzusetzen, den stärksten Widerstand der Unternehmer hervorrufen wird, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Haltung der Unternehmer im Reichswirtschaftsrat wird von den Unternehmern draußen als Aufforderung dazu betrachtet werden. Aber auch der Versuch, die Fortsetzung des Betriebes zu erzwingen, wird auf Abwehr stoßen. Die Betriebsstillegung erfolgt ja zumeist nicht, weil die objektiven Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Tätigkeit, weil Rohstoffe, Produktionsmittel, Kredit und Arbeitskräfte fehlen, sondern weil das subjektive Interesse des Unternehmers die Stillegung erheischt. Kurz: weil der Betrieb unrentabel wirtschaftet, weil der Profit einschmilzt. Das wird durch das Einareifen des Staates nicht geändert, es sei denn, daß die finanzielle Unterstützung in der Weise erfolgt, daß sie zugleich die alten Wucherprofite sichert, von denen sich das Unternehmertum nicht mehr glaubt trennen zu können. Wir nehmen indes noch nicht an daß diese Spielart der produktiven Erwerbslosenfürsorge auf solche Weise als Liebesgabe für die Industriellen gedacht ist. Soll die Fortführung des Betriebes mit staatlicher Unterstützung aber verbunden sein mit einer Preisfestsetzung und Gewinnbeschränkung zugunsten der Erwerbslosenfürsorge, was zu wünschen wäre, so hat das zur Voraussetzung, daß der Staat zunächst Organe zur Kontrolle der Kalkulation und Betriebsführung schafft. Diese aber fürchtet das Unternehmertum wie die Pest. Wird man den Mut haben, sie ihnen aufzuzwingen? Wir haben geringe Hoffnung.

Wirksamer dagegen würde uns der Versuch erscheinen, den für die Gesamtheit, aus einer Betriebseinschränkung entstehenden Schaden dem Unternehmer aufzuerlegen. Man verpflichte den Unternehmer, jedem Kurzarbeiter einen Teil des Lohnausfalles zu zahlen, anstatt die Unterstützungen aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu nehmen. Und man erhebe ferner von den Unternehmern eine Steuer zugunsten der Erwerbslosenfürsorge für jeden entlassenen Arbeiter. Damit wird der Anreiz zur Betriebseinschränkung erheblich geringer.

Dagegen könnte man einwenden, daß ein solches Verfahren ungerecht wäre, weil es den „notleidenden" Industriellen, der seinen Betrieb beschränken muß, obendrein mit Steuern belastet, während sein aus dem Vollen schöpfender Kollege steuerfrei bleibt. In der Regel jedoch erfolgt die Betriebsbeschränkung in jeder Branche auf Grund einer Verständigung unter den Unternehmern in allen Betrieben in gleichem Umfange. Die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates werden bei ihren Untersuchungen, wenn sie sorgfältig genug gemacht sind, sicher solche Fälle gestoßen sein.

Auf jeden Fall würde durch solche Maßnahmen den Erwerbslosen sofort geholfen werden können durch die längst fällige Erhöhung der Unterstützung. Nun gab Arbeitsminister Dr. Brauns im Reichstag allerdings zu verstehen, daß die Regierung wenig Neigung habe, die Unterstützungen aufzubessern. Er bekundete eine starke Animosität gegen den Notendruck und die Banknote überhaupt. Auch wir wünschen keine Vermehrung der Notenmasse, aber wir fordern Maßnahmen, die die Noten aus der Hand der Unternehmer und Schieber und Schlemmer, die von den Abfällen von den Tischen der eigentlichen Herren der Industrie ein üppiges Leben führen, überleiten in die Hände der Arbeiter und der konsumierenden Massen, sei es in Gestalt von Lohn oder ausreichender Unterstützung. Solange eine planmäßige Wirtschaft, wie wir sie erstreben, nicht besteht, solange die Arbeitslosigkeit nicht durch sie beseitigt wird, ist dieses das nächstliegende und wirksamste Mittel zur Belebung der Produktion. Daneben mag das eine oder andere, langsamer wirkende Mittel immerhin probiert werden.

Parteinachrichten.

Warnung! Der Russe Nikolaus Gredioff, der sich als politischer Flüchtling ausgibt, ist unter Erklärung einer hohen Geldsumme und unter Mitnahme eines feldgrauen Zivilanzugs von Lörrach flüchtig. Der Held spricht gleichmäßig gut deutsch und kennt sich in der deutschen und ausländischen Politik sehr gut aus. Er spricht gern von führenden Parteigenossen des In- und Auslandes. Kennzeichen: schwarzer Fleckam Halse. Man wolle der Ortsgruppe Lörrach i. B. sofort telegraphisch, falls er irgendwo auftaucht, unter Thiergarten, Lörrach, Brombacher Straße 2, Mitteilung zugehen lassen.

Bücher und Schriften.

Der Sozialist. Die soeben erschienene Nummer 32-33 enthält folgende Beiträge: Unsere Neutralität von Rud. Breitscheid; Sowjet-Rußland und Polen von Georg Tschitscherin; Gesährliche Tendenzen von Hans-Erich Kaminski; Sozialismus und Defizitwirtschaft von Viktor Stern; Die Behandlung der Kriegsgefangenen von Deutschland von Erich W. Anspach; Original-Pinkertons und ihre Methoden von B. Rudner; Wir und die Staatskirche von P. Riedel; Aus dem Weihespiel Erlösung von Bruno Schönlank; Aus der Internationale. — Der Sozialist erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 10 Mk., Einzelnummer 1,50 Mk., zu beziehen.

Allerlei.

Immer neue Lebensmittelschiebungen.

In Stettin sind auf dem Bahnhofe durch Beamte der Ueberwachungsstelle Berlin große Schiebungen aufgedeckt worden. Es sollen durch drei Eisenbahnbeamte, die sich in Haft befinden und geständig sind, mittels gefälschter Frachtbriefe elf Eisenbahnwagen mit Hafer, Zucker, Heringen und Bohnen nach Berlin gebracht worden sein, wo die Sendungen von Helfershelfern in Empfang genommen wurden. Weiter sind in der Angelegenheit noch zwei flüchtig gewordene Kaufleute verwickelt. Auch in Berlin sind bereits einige Teilnehmer an der Schiebung, durch die die Eisenbahn einen Schaden von ½ Million erleidet, festgestellt worden. Fünf Wagen konnten in Berlin angehalten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200818-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. August 1920.

Unanständige Konsumvereinsbekämpfung.

Der Kampf gegen die Konsumvereine aus politischen Beweggründen, d. h. der Versuch, den politischen Gegner durch wirtschaftliche Schädigungen zu treffen, war früher eine altbekannte Erscheinung. Der trotz alledem erzielte gewaltige Fortschritt der Konsumgenossenschaftsbewegung, die Kriegserfahrungen und manches andere haben dahin geführt, daß diese Methode auf den Aussterbeetat geraten ist. Das ist um so begreiflicher, als heute Mitglieder aller politischen Parteien sich konsumgenossenschaftlich betätigen und vielfach einmütig an der Wahrung ihrer Verbraucherinteressen arbeiten. Insbesondere sind viele Hunderttausende katholischer Volksgenossen und Anhänger der Zentrumspartei Mitglieder von Konsumvereinen und wirken in solchen in voller Eintracht mit evangelischen Mitbürgern und Angehörigen anderer politischer Parteien zusammen. Um so bedauerlicher und verwerflicher ist es, wenn jetzt in gewissen Gegenden diese Kreise aus politischen Motiven die Konsumvereine nach den Rezepten der schlimmen Vergangenheit bekämpfen zu müssen gelaufen. Der ist besonders auf einige katholische Bezirke Schlesiens zu. Der in Glatz erscheinende Gebirgsbote veröffentlicht z. B. einen spaltenlangen Aufsatz über: Die treibenden Kräfte der Konsumvereinsbewegung, in dem die schofelsten und abgestandensten Verleumdungen gegen den Zentralverband deutscher Konsumvereine aufgetischt werden. Die Güte der Angriffe mag man danach beurteilen, daß als Hauptfundrube die Pamphlete des weiland Professor Sucksland (Halle) benutzt werden, deren frühere Gehässigkeit sie selbst ehrlichen Feinden der Konsumgenossenschaftsbewegung ungeniehbar macht. Wir wollen nur den Anfang zitieren, um zu zeigen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird:

Bisdahin ist die Meinung verbreitet, nicht zum wenigsten unter den Genossen selbst, daß die Leiter der Konsumvereinsbewegung sich um das Wohl der Allgemeinheit, besonders um das der arbeitenden Klassen, hervorragende Verdienste erworben. Diese Meinung wird vielbewußt verstärkt durch die Lobreden, die sich Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gegenseitig auf den Genossenschaftsversammlungen halten. In Wahrheit ist aber in der ganzen Genossenschaftsbewegung von werktätiger Liebe herzlich wenig zu finden, die Mitglieder treten bei aus dem Beweggrunde der niedrigsten Selbstsucht, und die Unternehmer des Ganzen müßten sich an den „Groschen des armen Mannes" ebenso wie die politischen Führer der Sozialdemokratie.

Angesichts des Urteils der öffentlichen Meinung über die Konsumvereine und ihre Leistungen für die Allgemeinheit ist es nicht nötig, Verwahrung gegen solche Unanständigkeiten einzulegen. Sie gehen aber von einer bestimmten politischen Richtung aus und müssen dieser zur Last gelegt und ihrer moralischen Verantwortung unterstellt werden, sofange sie nicht die Urheber von sich abschütteln und öffentlich erklärt, daß sie mit ihnen nichts gemein hat und ihre Kampfesweise als gemeingefährlich verurteilt.

Die Hallische Oberbürgermeisterfrage.

Der Parteivorstand der USP. hat beschlossen, daß die Kämpfe mit Dr. Rive und überhaupt die Hallische Oberbürgermeisterfrage Gegenstand der Verhandlung in einer Mitgliederversammlung der Partei sein sollen. Das scheint unbedingt notwendig, denn aus dem Konflikt und seinem Ausgange müssen bedeutsame Lehren gezogen werden. Der Genosse Hennig war beauftragt worden, die ganze Frage in einigen Aufsätzen im Volksblatt zu behandeln. Die Arbeit ist im Gange, doch soll sie erst erscheinen, wenn die Parteimitglieder in einer großen allgemeinen Mitgliederversammlung Gelegenheit gehabt haben, zur ganzen Frage Stellung zu nehmen. Genosse Hennig wird daher in der Parteiversammlung am Donnerstag nächster Woche, 26. August, den einleitenden Vortrag über die Oberbürgermeister-Angelegenheit halten und der Parteiversammlung wird es zustehen, die Nutzanwendung für unser kommunalpolitisches Ringen zu ziehen. Dann wird unsere ganze Stellungnahme der breitesten Oeffentlichkeit im Volksblatt ausführlich dargelegt werden. Wir weisen schon heute auf diese wichtige Versammlung am Donnerstag, den 26. August, hin.

Die Aktion gegen „Neutralitätsverletzung".

Von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände wird uns geschrieben:

Nach den aufsehenerregenden Mitteilungen der deutschen Regierung besteht für Deutschland die unmittelbare Gefahr, durch einen völkerrechtswidrigen Neutralitätsbruch seitens der Entente in die zurzeit bestehenden Kriegswirren hineingezogen und damit unter Umständen Kriegsschauplatz zu werden. Unser durch einen mehr als vierjährigen verlorenen Krieg ohnehin schon völlig zerrüttetes Wirtschaftsleben würde dadurch mit Sicherheit vernichtet werden. Militärischer Widerstand gegen ein gewaltsames Vorgehen der Entente ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Nur die werktätige Bevölkerung Deutschlands — Arbeiter, Angestellte und Beamte — ist imstande, diese furchtbare Gefahr von uns abzuwenden, indem sie jeden Versuch eines Neutralitätsbruches, insbesondere durch Waffen- oder Truppendurchfuhr mit ihrem organisierten Widerstand verhindern. Die freien Arbeitergewerkschaften Deutschlands und die sozialistischen Parteien haben deshalb die deutsche Arbeiterschaft aufgefordert, für die Aufrechterhaltung der unverbrüchlichen Neutralität Deutschlands einzutreten. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände stellt sich in dieser Stunde dringender Gefahr an die Seite der Arbeiterschaft und fordert die mitteldeutsche Angestelltenschaft auf, jeden Versuch einer Neutralitätsverletzung mit allen Kräften zu verhindern.

Städteprotest gegen die Höhe der Provinzialsteuern.

Der Magistrat unserer Stadt hat dieser Tage an alle Stadt- und Landkreise der Provinz Sachsen ein Schreiben gerichtet, das sich gegen das Verfahren richtet, nach dem der Provinziallandtag die Erhöhung der Provinzialsteuern beschloß. Zur Einziehung sollen 50 v. H. gegenüber 16½ v. H. im vorigen Rechnungsjahre kommen. Der Provinziallandtag stützt sich auf § 28 des Ausführungsgesetzes zum Landsteuergesetz, wonach Beschlüsse, die vor Inkrafttreten dieses Ausführungsgesetzes gefaßt seien, Gültigkeit haben. Hiernach würde, so meint das Rundschreiben des Magistrats, die Provinz auch für das Rechnungsjahr 1920 ihre Steuern in voller Höhe wie bisher auf die Gemeinden verteilen. Die Folge ist, daß die Provinz ohne jede Einschränkung ihren Fehlbetrag durch Provinzialsteuern ganz auf die Gemeinden abwälzen kann, während diese nicht mehr wie bisher die Möglichkeit haben, durch Erhöhung des Einkommensteuerzuschlags einen Ausgleich zu schaffen, sondern auf das beschränkt sind, was ihnen vom Reich aus dem Einkommensteueraufkommen zugewiesen wird. Für das laufende Rechnungsjahr wird gemäß § 57 des Landessteuergesetzes den Gemeinden mindestens das Aufkommen von 1919 zusätzlich 25 v. H. gewährleisten. In gleicher Weise wird das auch auf die Kreise und die Provinzen ausgedehnt. Dieser allein gerechten und logischen Verteilung der Steuern widerspricht das Steuergebaren der Provinz. Die Provinz Sachsen hat ferner die Absicht, den Reichsfinanzminister um Erhöhung des Einkommensteueranteils der Provinz um den Fehlbetrag des Etats zu ersuchen. Sofern damit eine Erhöhung des Einkommensteueranteils der Provinz auf Kosten der Gemeinden erfolgen würde, müsse gegen die einseitige Bevorzugung der Provinz entschieden Stellung genommen werden. Schließlich wird der Provinzverwaltung nachgesagt, daß sie ihre Umlage nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse des Rechnungsjahres 1919, sondern der durch Hinübernahme des Defizits aus dem Rechnungsjahr 1919 in das Rechnungsjahr 1920 gesteigerten Bedürfnisse des Rechnungsjahres 1920 beschlossen hat.

Die Stadt Halle hatte sich, wie aus dem Rundschreiben hervorgeht, an den Preußischen Städtetag gewandt mit der Bitte, an maßgebender Stelle vorstellig zu werden, um möglichst zu verhüten, daß § 28 des Entwurfs des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz in der vorgesehenen Fassung Gesetz wird, und daß hinsichtlich der Zuweisung von Einkommensteuer an die Provinz auf Kosten der Städte irgendwelche Bevorzugung der Provinz eintritt. Die Gemeinden werden aufgefordert, sich dem Vorgehen der Stadt Halle anzuschließen, falls sie den Standpunkt teilen.

---

* **Transportarbeiter.** Durch Vermittlung des Verbandsvorstandes des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat die Reichsbekleidungsstelle den Mitgliedern des Verbandes noch eine größere Anzahl Winteranzüge und Winterjoppen, letztere mit Aufschlägen, zur Verfügung gestellt. Diese Bekleidung ist von guter Beschaffenheit. Die Preise sind besonders günstig: ein Anzug kostet 285 Mk., eine Joppe 135 Mk. Jedes Verbandsmitglied ist berechtigt gegen einen Bezugsschein, der im Verbandsbureau, Harz 42/44, gegen Vorlegung des Verbandsbuches ausgehändigt wird, sich solche Kleidungsstücke zu verschaffen. Der Name der Firma, der die Kleidungsstücke zum Verkauf überwiesen sind, ist auf dem Verbandsbureau zu erfragen. Die Ortsverwaltung.

* **Deutscher Eisenbahnerverband.** Diejenigen von den Lennaer Kollegen, die ihre Streikunterstützung bisher noch nicht abgeholt haben, wollen dies bis spätestens Sonnabend, den 21. August, nachholen, da eine spätere Auszahlung wegen der Verrechnung der Gelder mit der Hauptkasse nicht mehr erfolgen kann. Die Ortsverwaltung.

* **Der Feuerbestattungsverein Halle und Umgegend** gewährt seinen Mitgliedern nach einjähriger Mitgliedschaft vollständig kostenlose Einäscherung bei sehr geringen Monatsbeiträgen, inkl. Sarg, Ueberführung und Beisetzung der Urnenkapsel. Anmeldungen nimmt Genosse Albert Borgmann, Lindenstr. 54, und das Parteisekretariat entgegen. Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonnabend, den 21. August, in Müllers Hotel, Krukenbrauerstraße, statt.

* **Der erste Distrikt** hält seine Versammlung — morgen finden bekanntlich die Distriktsversammlungen der SUSP. statt — im Hackeborn, Hackebornstraße 4, ab.

* **Gebührnisse der Altpensionäre und Althinterbliebenen.** Durch das gleichzeitig mit dem preußischen Beamten-Diensteinkommengesetz vom 7. Mai 1920 in Kraft getretene Beamten-Altruhegehaltsgesetz haben die Bezüge der preußischen Altpensionäre und Althinterbliebenen eine, wenn auch längst nicht ausreichende Aufbesserung erfahren. Der Entwurf eines entsprechenden Reichsgesetzes ist während der kurzen Sommertagung des Reichstags leider nicht mehr zur Beratung gekommen. Es soll nunmehr dem Reichstag sogleich nach seinem Zusammentritt im Herbst vorgelegt werden. Um aber den Altpensionären und Althinterbliebenen während der Uebergangszeit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach Möglichkeit hinwegzuhelfen, hat sich der Reichsminister der Finanzen schon im Mai damit einverstanden erklärt, daß den Genannten neben den ihnen gesetzlich zustehenden Pensionen und Hinterbliebenengebührnissen ein Betrag in Höhe der Hälfte dieser Bezüge als Vorschuß auf die in Aussicht stehenden höheren gesetzlichen Gebührnisse gezahlt wird. Die Zahlungen erfolgen von Amts wegen, also ohne Antrag und auch ohne Prüfung des Bedürfnisses.

* **Umsatzsteuerzuschlag bei Lieferungen auf Grund vorjähriger** Verträge. Man schreibt uns: Bisher konnten sich Zweifel über die Frage erheben, wer die am 1. Januar 1920 erfolgte Erhöhung der Umsatzsteuer in den Fällen zu tragen hat, in welchen die Lieferung und endgültige Preisfestsetzung auf Grund früherer Verträge erst nach dem 1. Januar 1920 erfolgte. Das Reichsministerium der Finanzen hat sich nun auf eine Anfrage hin der Handelskammer Chemnitz gegenüber dahin geäußert, daß nach seiner Auffassung der Lieferer den Mehrbetrag der Umsatzsteuer von 1 Prozent dann von seinen Kunden erstatten verlangen kann, wenn er in einem vor dem 1. Januar 1920 abgeschlossenen Vertrage den Preis in Unkenntnis der neuen Umsatzsteuer berechnet hat und nicht in der Lage war, ihn nachträglich zu erheben. Das ist auch dann anzunehmen, wenn er nach dem 1. Januar 1920 einen Teuerungszuschlag zu dem vereinbarten Preise machen darf, in dem aber nach den Vertragsvorschriften lediglich die gestiegenen technischen Gestehungskosten berücksichtigt werden dürfen. Ist dagegen dem Lieferer die Möglichkeit gegeben, nach dem 1. Januar 1920 eine neue Preisvereinbarung herbeizuführen, in der auch die neue Umsatzsteuer berücksichtigt werden kann, so darf er die erhöhte Umsatzsteuer nicht auf seine Kunden abwälzen.

* **Pinkertons Wappen.** Die rühmlichst bekannte deutsche Pinkerton-Gesellschaft in Berlin würdigt uns der großen Ehre, uns mitzuteilen, sie habe gegen die Freiheit und den Vorwärts Beleidigungsklage erhoben, um die vielen Angriffe zu entkräften, die in letzter Zeit gegen sie erhoben worden seien. Wir waren aber sehr gebunsfidelt über diese Nachricht, noch mehr aber über die große Anerkennung, das Wappen der edlen Pinker-Tonnen bewundern zu dürfen. In geschmackvoller Ausführung prangt's auf dem Briefbogen, ein Meisterwerk der Heraldik. Auf schwarzem Grunde droht gespensterhaft eine blutrote Knochenhand — der Bolschewismus, hu, hu. Aber siehe da, von rechts oben her von der Schellingstraße 2 in Berlin, dem Hauptquartier der Pinker-Zöne, naht die Rettung: Ein großes Glas schlickt sich über die rote Hand eins von jener Sorte, mit denen der Detektiv die Spuren von Verbrechen untersucht. Wehe dem Bolschewismus! Pinkertons Vergrößerungsglas stellt unerbittlich fest, daß seine Hand vom Blute friedlicher Bürger triekt. Das Vaterland ist gerettet, Pinkertons Glas hat sich wohlverdient gemacht, in jeder Beziehung, und wird später im Museum als Symbol einer großen Zeit aufbewahrt.

* **Genosse Kasparek wird,** seitdem er zum kommissarischen Landrat von Sangerhausen ernannt worden ist, von der reaktionären Presse in geradezu maßloser Weise angegriffen. Den neuesten Schmutzkübel schüttet die Hallische Allgemeine Zeitung aus, die den Genossen Kasparek mit der Autoaschichte von Nietzschen in Verbindung bringt und so tut, als ob sie welterschütternde Entdeckungen gemacht habe. Nun, ein Politiker ist längst noch nicht „belastet", wenn ein verlogenes Kapitzenblatt etwas behauptet. Jedermann weiß, daß diese Presse sich kramphaft bemüht, die Oeffentlichkeit vom Organisch- und Spitzelskandal abzulenken. Die sächsischen Neuhuldigungen, die gegen Kasparek erhoben sind, werden demnächst eingehend widerlegt werden. Heute wollen wir schon feststellen, daß die Ausweise mit dem Namen Kasparek, von denen die Kappistenpresse faselt, natürlich gefälscht sind, wenn sie überhaupt jemals vorhanden waren. Die Anweisung an die Ortsvorsteher, wonach Beamte der Sipo in Zivil die Waffen abholen würden, ist richtig, erlogen aber ist es, daß die Sipo davon nicht unterrichtet gewesen sei. Wenn die Hallische Allgemeine mit großer Wichtigtuerei erzählt, daß Kasparek am fraglichen Tage der Waffenabholung weder im Landratsamt noch in seiner Wohnung zu erreichen war, so ist das ein ganz aufgelegter Schwindel, da Genosse Kasparek an diesem Tage sich in einer Kreisausschußsitzung befand, also jedergzeit erreichbar war! Die reaktionäre Presse mag jetzt noch so laut „Halbet den Dieb!" schreien — ihre eigene Mitbeteiligung an den reaktionären Spitzelplänen wird sie dadurch nicht verschleiern können.

* **Die Hallische Bäckerinnung** beehrt die „geehrten" Hausfrauen mit einer Bekanntmachung, daß die Generalversammlung beschlossen hätte, das Backwerk zeitgemäß zu erhöhen, und verweist auf die in den Backstuben aufgehängten Tarife, ohne aber auch der Oeffentlichkeit die Gründe anzugeben, welche sie dazu veranlaßt haben. Die Oeffentlichkeit hat aber ein Recht, die Gründe zu erfahren. Wenn sie verschwiegen werden, so wohl deswegen, weil eben keine angegeben werden können. Denn eine Verteuerung des Heizmaterials, der Kohle, liegt nicht vor, im Gegenteil ist eine Verbilligung eingetreten. Auch eine Erhöhung der Löhne ist nicht eingetreten; hierzu nimmt die Bäckerinnung seit Monaten einen ablehnenden Standpunkt ein, obgleich sämtliche Konsumvereine, die Firmen Gebr. Schubert, C. Müller, Schiebelbrotfabrik und Ammendorfer Mühle seit Anfangs Juli 40 bis 70 Mk. mehr Lohn pro Woche zahlen. Sehr sonderbar sieht es aber aus, wenn die Bäckerinnung bezüglich der Gehälter auf dem Lohnabbaustandpunkt steht, und den Lehrlingen mit allen möglichen und unmöglichen Ausreden eine zeitgemäße Entschädigung verweigert, für sich aber Lohnerhöhungen in Anspruch nimmt. Und deshalb fordern wir die Hausfrauen auf, die Bekanntmachung so lange unberücksichtigt zu lassen, bzw. das erhöhte Backgeld so lange zu verweigern, bis nachgewiesen ist, daß die Erhöhung ihre Berechtigung hat. Wir halten uns für verpflichtet im Interesse der Allgemeinheit diesen Nachweis zu fordern.

Verband der Bäcker und Konditoren zu Halle-Saal.

* **Entbehrlichkeit des Militärpasses.** Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, und vielfach auch Privatfirmen, verlangen immer noch, daß Stellenbewerber ihren Militärpaß vorlegen. Dies veranlaßt ehemalige Militärpersonen, bei den Abwicklungsstellen auf die Ausfertigung ihres Passes zu drängen. Dadurch tritt eine Verzögerung in der Abwicklung ein und die frist- und zweckmäßige Auflösung der Abwicklungsstellen wird in Frage gestellt. Es liegt im dringenden finanziellen Interesse des Reichs, daß hierin Wandel geschaffen wird. Außerdem kann das Einfordern des Militärpasses auch Härten für die Stellenbewerber im Gefolge haben, weil sehr oft erst nach Monaten der ausgestellte Paß dem Bewerber zugestellt werden kann. Die Reichs- und Landesbehörden sind daher auf Anregung des Reichsabwicklungskommissars kürzlich gebeten worden, dahin zu wirken, daß die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden bei den Stellenbewerbungen von der Vorlegung des Militärpasses absehen. Es wäre erwünscht, wenn auch die Privatfirmen im Interesse der Reichsfinanzen und der Stellenbewerber von der Vorlegung des Militärpasses absehen würden.

* **Der Riß in der Fensterscheibe.** Die Hauptrolle bei den zwecks Entschädigung angemeldeten Tumultschäden spielen bekanntlich zerschossene und zerbrochene Fensterscheiben. Aus diesem Anlaß gewinnt eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Celle an Interesse, die die Anzeigepflicht des Versicherten auch bei ganz geringfügigen Schäden festgestellt. Ein Ladeninhaber hatte versäumt von der Versicherung Erlaß für eine im März 1918 zerbrochene Schaufensterscheibe, wurde aber mit seinem Anspruch abgewiesen, weil er verabsäumt hatte, einen wenn auch ganz unbedeutenden Riß der Scheibe aus dem Jahre 1913 der Versicherung zu melden. Die Geringfügigkeit des Bruches befreie den Kläger nicht von seiner Anzeigepflicht; denn es stehe nicht fest, daß die Vergrößerung des Schadens im März 1918 auch dann eingetreten sei, wenn die Versicherung schon im Jahre 1913 von dem Riße Kenntnis erhalten hätte. Es müsse damit gerechnet werden, daß sie alsdann den Schaden alsbald entweder völlig hätte beseitigen lassen, oder, wenn der Schaden gegenüber den durch die Beseitigung verursachten Kosten zu geringfügig war, doch wenigstens wirksame Maßregeln dagegen getroffen hätte, daß er sich vergrößern könnte.

* **Postreklame.** Für den Bezirk der Oberpostdirektion Halle (Saale) ist im Postgebäude des Postamts 2 in Halle, Thielenstraße, Zimmer 122 und 123, eine Stelle unter der Benennung: Postreklame Halle in Halle (Saale) 2 eingerichtet worden. Dieser Stelle liegt vorerst die Aufnahme aller Gegenstände des Postdienstes ob, die der Reklame nutzbar gemacht werden sollen, sie wird die Reklameinteressenten beraten und auch später die Verträge mit diesen abschließen. Da die Post zunächst nicht beabsichtigt, die Ausführung der Plakate, Schilder usw. selbst zu übernehmen, sondern sich darauf beschränkt, die Interessenten an geeignete Künstler, Anstalten, Handwerker usw. zu verweisen, erscheint es schon jetzt geboten, daß einschlägige Unternehmen oder tüchtige Kräfte, die ihr können in den Dienst der Postreklame stellen wollen, sich alsbald bei der Reklamestelle in Empfehlung bringen, damit eine einseitige Berücksichtigung einzelner Firmen usw. vermieden wird.

* **Die Gewerkschaften als Vertreter von Schuhwaren.** Die Gewerkschaften Leipzigs unterstützen ihre Mitglieder durch den Vertrieb von Schuhwaren für diese selbst als auch für die Familienmitglieder, und zwar berechnen sie nur den billigen Preis von 35 Mk. bis 56 Mk. pro Paar. Die Schuhhandelsgeschäfte und Kleingewerbetreibenden erblicken hierin natürlich eine große Konkurrenz und wollen nun feststellen lassen, ob die Gewerkschaften berechtigt sind, die Schuhwaren zu vertreiben und ob sie das Gewerbe angemeldet haben.

* **Zoologischer Garten.** In der Fachpresse ist ein bitterer Kampf entbrannt über die Schädlichkeit oder Nützlichkeit der Möven. Die Fischereibesitzer klagen die wunderschönen Vögel an, daß sie ihnen die Jungfische wegfangen, und die Naturschützer führen dagegen ins Feld, daß der Schaden, den sie anrichten, mehr als ausgeglichen wird durch den Nutzen, den sie bringen durch Vertilgen von Ungeziefer aller Art, durch die gesundheitspolizeiliche Tätigkeit, die sie am Strande durch das Wegschaffen angeschwemmter Tierleichen ausüben. Jeder Naturfreund, der Gelegenheit hatte, die Möven und Seeschwalben in der Freiheit ihre Flugspiele als Luftakrobaten ausführen zu sehen, wird dafür sein, daß man sie schont. Zur Sumpfvogelfäfig an der Fasanerie ist eine Schar der schönsten und elegantesten der Kleinmöven, der Flußseeschwalben eingefetzt. Einige Tiere verdankt der Garten dem bekannten Hallenser Kunstmaler Dubbick, der sie von Amrum mitbrachte, die übrigen stammen von der Westküste Holsteins. Alle sind Jungtiere, die ihr noch unscheinbares Kinderkleid tragen. Es wird interessant sein zu beobachten, wie sie sich bei der Mauser verwandeln, wie sich ihre Beine mit den zierlichen Schwimmfüßen und ihre Schnäbel rot färben, wie sie eine tiefschwarze Mütze aufsetzen, die scharf von dem sonst bläulichweißen Gefieder absticht. Sobald der neue große Flugkäfig am Vorgebäude fertig ist, werden sie dorthin übersiedeln, dort werden sie ihre Fliegerkünste prächtig und ungehindert zeigen können.

Lößnitz b. Zeitz. Der Arbeiter-Turnverein Frisch Auf zu Lößnitz begeht am 21. und 22. August sein 12jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Schauturnen. Nun nun das Fest zu einer würdigen Demonstration für unsere Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu gestalten, werden die Vereine gebeten, sich recht zahlreich daran zu beteiligen, auch alle nicht eingeladenen Bundesvereine sind herzlich willkommen, gilt es doch hier, den vielen uns gegenüberstehenden Bürgerlichen zu zeigen, welche Macht die Arbeiterbewegung auf allen Gebieten darstellt. Die gesamte Arbeiterschaft kann zur Verschönerung des Festes beitragen; die Arbeiter, die etwa noch den bürgerlichen Vereinen angehören, müssen doch endlich erkennen, daß sie nicht mehr mit der bürgerlichen Gesellschaft paktieren dürfen, da jedem einzelnen in allen Arbeiter-Sportvereinen so viel Gutes geboten wird. Darum hinein in die Arbeiter-Turn- und Sportvereine, demonstriert und erscheint in Massen am Sonntag, damit auch diese Veranstaltung als gelungen für unsere Bewegung bezeichnet werden kann.

Groß-Ammendorf. Frauen der USP.! Auf die heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Radewell stattfindende Frauen-Mitgliederversammlung sei besonders hingewiesen. Damit jede Frau über den Ernst der politischen Lage aufgeklärt ist, wird die Genossin Kringer einen Vortrag halten. Sorgt für guten Besuch.

Könnern. Kirchendiebstahl. Wenig Achtung vor der Religion bewiesen einige Spitzbuben, die in der Nacht zum Dienstag in die Kirche eindrangen, indem sie die Fensterscheiben eindrückten. Es wurde ein Kruzifix gestohlen.

Allerlei.

Spießerfurcht vor kommunistischer „Ansteckung".

Der Prager Venkov meldet: Dieser Tage wurde der verurteilte Kommunist Holz von Detektivs aus Gitschin (Strafanstalt) nach Prag eskortiert. Auf den Bahnhof begleiteten ihn viele Kommunisten. Als das Zeichen zur Abfahrt gegeben wurde, erklärten die Reisenden, daß sie mit einem Mörder und Räuber nicht fahren würden und verlangten, daß der Waggon, in welchem Holz fuhr, in der nächsten Station abgekoppelt werde. Da die Aufregung gefährlich wurde, begab sich, als der Zug in Kopidlno einfuhr, der agrarische Abgeordnete Brabatich zum Stationsvorstand und machte ihn darauf aufmerksam, daß man nicht für die Aufrechterhaltung der Ruhe bürgen könne, wenn Holz in demselben Zuge weiterfahren sollte. Infolgedessen ordnete der Stationsvorstand an, daß Holz aussteige. Er wurde in den Wartesaal zweiter Klasse abgeführt und Gendarmen wurden gerufen, um ihn zu bewachen. Dann setzten die Reisenden „beruhigt" ihre Fahrt fort.

Holz geisteskrank? Aus Prag wird gemeldet, daß Holz „als Geisteskranker" in einem Sanatorium bei Prag untergebracht wurde. Im Gitschiner Bahnhof wurden ihm von tschechischen So-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200818-11/fragment/page=0006

...ialdemokraten Kundgebungen dargebracht. — Mit der „Gesetzes-krankheit" von Hölz wird es wohl eine ganz eigene Bewandtnis haben; bekanntlich hat die sächsische Klassenjustiz großes Verlangen nach ihm. . . .

Amerikanische Hitze.

Der New Yorker Berichterstatter der Times meldet seinem Blatte, daß die Stadt eine Hitzewelle erwartet, die von den Wetterwolken bereits seit langem prophezeit wurde. Am Montag zeigte das Thermometer in Cneco (Connecticut) 114 Grad Fahrenheit (= 45 Grad Celsius) auf, eine Temperatur, die in den letzten 40 Jahren nicht vorgekommen war. Im Schatten herrschte eine Temperatur von 100 Grad. Mehrere Fabriken mußten wegen der Hitze geschlossen werden.

Diebstahl in der Reichsbank.

Ein schwerer Diebstahl wurde Dienstag nachmittag in Berlin in den Räumen der Reichsbank verübt. Zwei Beamte des Postamtes 68 hatten das überschüssige Geld dieses Amtes, das in drei Säcken verteilt war, abgeliefert. Während einer mit einem anderen Beamten sprach, hat ein Unbekannter einen der auf der Erde stehenden Beutel an sich genommen und ist damit verschwunden, ohne daß der Diebstahl bemerkt wurde. In dem Geldbeutel befanden sich 143 000 Mark in Papiergeld. Auf die Ergreifung des Diebes und die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt.

Söhne als Vatermörder.

In dem Dorfe Zernitz bei Neustadt an der Dosse wurden am Sonntag der Chausseearbeiter Stragali und seine zwei Söhne im Alter von 27 und 13 Jahren mit zertrümmerter Schädeldecke aufgefunden, während seine 8jährige Tochter mit zerschnittener Kehle tot dalag. Nach einer Meldung wurde der Nachtwächter des Ortes unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet, nach einer anderen ein dritter Sohn unter dem dringenden Verdacht des Vater- und Geschwistermordes. Ein der Mittäterschaft verdächtiger Hausbesitzer, der beschuldigter Sohnes in Kritz wurde festgenommen.

In Gonzheim in Hessen erschoß der noch nicht 16jährige Schlosserlehrling Paul Wagner seinen Vater mit einem Armeegewehr, um in den Besitz von 6000 Mk. zu gelangen, die der Vater in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher — sie gehörten dem Armenheim — in seinem Geldschranke verwahrte. Als sein Vater nach dem gemeinsamen Mittagessen im Lehnstuhl über dem Lesen der Zeitung eingeschlummert war, erschoß der Mörder sein Opfer. Als Wagner sich übergezeugt hatte, daß der Vater tot war, floh er, nachdem er sich die 6000 Mk. angeeignet hatte. Das Landgericht Mainz verurteilte den Minderjährigen zu der höchstzulässigen Strafe von 15-Jahren Gefängnis. Seine beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde als unbegründet verworfen.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Eisenbahner.

In München wurde in einer Vollversammlung der Betriebsräte des bayerischen Verkehrswesens beschlossen, den deutschen Eisenbahnerverband dringend aufzufordern, den Reichslohntarif zu kündigen, soweit er sich auf die Lohnverhältnisse bezieht, nachdem es der Regierung nicht gelungen sei, den Streikabbau herbeizuführen. — In bezug auf die Neutralität im russisch-polnischen Kriege wurden die Beschlüsse des Deutschen Eisenbahnerverbandes gebilligt. Es wurde eine Reihe von Fällen angeführt, in denen unter falschen Deklarationen Munition und Kriegsmaterial nach der Tschecho-Slowakei durch Bayern gekommen seien.

Vieh- und Fleischpreise.

Von W. Schäfer.

Mit dem 11. August traten neue Höchstpreise für Rinder, Kälber, Schweine und Schafe in Kraft. Diese sind für Schlachtrinder um 40 bis 60 Mk. pro Zentner Lebendgewicht niedriger als die bis zum 11. August geltenden Preise. Die Kälberpreise sind um 100 Mk. pro Zentner, die für Schafe um rund 20 Mk. herabgesetzt, während der Lebendgewichtspreis für Schweine der alte geblieben ist.

Mit dem Abbau der Preise, von dem so viel geredet wird, ist also hier ein kümmerlicher Anfang gemacht worden.

Es muß jetzt Aufgabe der Gemeinden, genauer der Preisprüfungsstellen sein, dafür zu sorgen, daß die Preiserhöhung auch im Kleinhandel zu verspüren ist. Die bisher geltenden Kleinhandelspreise für Fleisch waren durchweg zu hoch. Es muß deshalb auf Grund der neuen Höchstpreise für Schlachtvieh eine erneute Preiskalkulation stattfinden. Dabei darf sich keine Behörde damit begnügen, die Fleischpreise nur um den prozentualen Satz zu ermäßigen, sondern muß aufs neue die gesamte Preisbildung prüfen.

Die Höchstpreise für Schlachtrinder zerfallen in vier Klassen; sie betragen 180 Mk., 240 Mk., 300 Mk. und 340 Mk. pro Zentner Lebendgewicht. Welcher Preis ergibt sich für das Fleisch? Berechnen wir die Exfessungs- und Transportspesen pro Zentner Lebendgewicht mit 36 Mk., so ergeben sich für die Kommunen, die das Vieh von den Viehhandelsverbänden oder den Viehverwertungsgenossenschaften abzunehmen haben, folgende Preise:

1. für gering genährte Rinder 216 Mk.
2. für ausgefleischte Rinder 276 „
3. für fleischige Rinder 336 „
4. für vollfleischige Rinder 376 „

Die Unkosten für Verwaltungsarbeiten, für Schlachten, Verteilen an den Ladenfleischer, für Schwund- und Hautverlust, für die Verdienstspanne, unvorhergesehene Verluste usw. werden mehr als reichlich durch den Erlös der Häute (Durchschnittspreis 9 bis 10 Mk. pro Pfund, also 250 bis 400 Mk. pro Haut) und der zu Wurst verarbeitenden Innereien gedeckt.

Man ergibt die niedrigste Klasse eine Schlachtausbeute von 35 bis 40 Prozent; das bedeutet aber einen Fleischpreis von 216 : 35 = 6,17 Mk. pro Pfund.

Die nächste Klasse ergibt 40 bis 45 Prozent, also einen Preis von 276 : 40 = 6,90 Mk.

Die dritte Klasse 45 bis 50 Prozent Schlachtgewicht, also 336 : 45 = 7,47 Mk., und die beste Klasse ergibt 50 bis 55 Prozent Schlachtgewicht, was einen Fleischpreis von 376 : 50 = 7,52 Mk. bedeutet.

Alles in allem würde sich also der Durchschnittspreis für Fleisch aller vier Klassen auf 7 Mk. das Pfund belaufen. Dabei sind die Unkosten für die verschiedenen Behörden reichlich bemessen.. Den Fleischern kommt bei dieser Preisbildung sogar eine Verdienstspanne von 20 Pf. pro Pfund für die Beschäftigung von Gesellen bewilligt werden. Der Preis für Schafsfleisch und für Kalbfleisch bewegt ebenfalls nicht über 7 Mk. pro Pfund hinauszugehen.

Für Schweine ergibt sich folgende Berechnung:

Der Lebendgewichtspreis pro Zentner beträgt 350 Mk., dazu kommen noch die Unkosten in Höhe von 10 Prozent mit 35 Mk., so daß also insgesamt ein Zentner 385 Mk. kostet. Zu diesem Preis muß die Kommune die Schweine erhalten. Ein Zentner Lebendgewicht gibt mindestens 75 Pfund Schlachtgewicht. Nach Austrocknen, Haut- und Schwundverlust kommen noch 70 Pfund zum Verkauf, und zwar das Pfund mit 6,50 Mk. Insgesamt entfallen also aus dem Verkaufe 450 Mk. Dabei sind als Unkosten eingerechnet:

Verdienstspanne für den Meister 70 × 0,50 Mk. =	35,—	Mk.
Verdienstspanne für den Gesellen, falls solche beschäftigt werden, 70 × 0,20 Mk. = ...	14,—	„
Umsatzsteuer von 1½ Prozent von 450 Mk. = ...	6,75	„
Summa =	55,75	Mk.

Die Kommune hat 385 Mk. ausgegeben und nimmt 450,— Mk.
— 55,75 „
394,25 Mk.
ein.

Außerdem hat sie die Innereien wie Lunge, Herz, Lunge, Leber, Darme, Fett und Blut, aus deren Verwertung die Unkosten für Schlachten, Schlachthausgebühren und Verwaltungskosten zu bestreiten sind. Die Fleischpreise dürften demzufolge höchstens betragen:

für 1 Pfund Rindfleisch	7,—	Mk.
für 1 Pfund Kalbfleisch	7,—	„
für 1 Pfund Hammelfleisch	7,—	„
für 1 Pfund Schweinefleisch	6,50	„

Dagegen vergleiche man die gegenwärtigen Fleischpreise, die sich fast durchweg zwischen 10 bis 12 Mk. pro Pfund bewegen.

Die Zwangswirtschaft darf nicht zur Verteuerung der Produkte führen, sonst wirkt sie schädlich und muß beseitigt werden.

Im Jahre 1913 war der Kleinkaufspreis für das Rindfleisch in Berlin gleich dem Preis für das Schlachtgewicht der Rinder. Im Oktober 1918 betrug die Spannung aber schon 1,44 Mk. pro Kilogramm und 1920 bereits 5 bis 6 Mk.

Gegen diese Bewucherung unter dem Schutze der Behörden haben sich die Konsumenten mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Rückgang der deutschen Zuckerproduktion.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung ist die deutsche Zuckerproduktion in der Kampagne 1919/1920 gegenüber der vorjährigen außerordentlich stark zurückgegangen. Es wurden hergestellt in der Zeit vom 1. September 1919 bis zum 31. Mai 1920 insgesamt 7 077 585 Dz. Rohzucker, während die Produktion in dem korrespondierenden Zeitraum 1918/19 fast das Doppelte, nämlich 13 245 799 Dz. betrug. Entsprechend sind die Mengen verarbeiteter Rüben; in der letzten Kampagne waren es 49 699 453 Dz., in der vorletzten 87 690 195 Dz. Zu den Ursachen dieses gewaltigen Rückganges der deutschen Zuckererzeugung haben wir häufig genug hingewiesen, ohne daß von der Regierung das Geringste zu ihrer Abhilfe geschehen wäre. Einmal sind sie in dem Rückgang des Zuckerrübenanbaues zu suchen, der wegen der planlosen Höchstpreisfestsetzung im Vergleiche mit anderen Erzeugnissen weniger profitabel erschien, ferner in der Unterlassung jeder zwangsweisen Anbauregelung und endlich im Widerstand der Interessenten gegen die Zuckerzwangswirtschaft überhaupt, der teilweise zu offener Produktionssabotage durch die Fabriken führte. Diese letzte Tatsache, auf die wir gleichfalls wiederholt aufmerksam machten, ist von den Fabrikanten stets als Verleumdung zurückgewiesen worden. Sie wird aber jetzt durch die Produktionsstatistik als wahr erwiesen. Während 1918/19 in Deutschland 307 Zuckerfabriken im Betrieb waren, produzierten 1919/20 nur noch 269. Der Rückgang beträgt also rund 12 Prozent und kann bei der vorzugsweisen Kohlenversorgung der Zuckerfabriken auch nicht mit dem Mangel aller sabotierenden Unternehmer, dem Kohlenmangel, begründet werden.

Die Entartung des Staates.

Der ehemalige deutsche Diplomat Dr. Riegler schreibt in dem Ergänzungsheft zu seinem Buche über die „Grundzüge der Weltpolitik", das unter dem Titel „Die drei Krisen" kürzlich erschien, daß seit dem Rücktritt Bismarcks die deutsche Regierung mehr und mehr unter den Einfluß privater Interessenten geriet und nach ihrem Diktat handelte. Insbesondere weist Riegler auf die unheilvolle Macht des alldeutschen Flotten- und Wehrvereins und der Großindustrie hin, die der Reichsleitung ihren Willen aufzuzwingen versuchen und die deutsche Wahnsinnspolitik inaugurierten, die erst im Weltkrieg ihr furchtbares Ende fand. Riegler nennt dieses Ueberwuchern privatkapitalistischer Beeinflussung einer Regierung die „Entartung des Staates" und meint:

„Der Krieg beschleunigte das Tempo dieser Entartung. Vor dem Kriege waren es die da und dort entstehenden, langsam wachsenden politischen Zweckvereine, die ihren eigenen Willen den Parteien, die zu Wahlzwecken ihrer bedürfen, aufnötigen. Heutzutage gründen und kaufen und dem Staat und seiner Regierung die Hand zu führen verstehen. Der entscheidende Schritt erfolgt, als die großen Wirtschaftsmächte, sich mehr und mehr politisierend, sich diesem Apparat verbünden und an seinem Meinungs-Geschmack finden. Diese Entwicklung, schon vor dem Kriege Verhängnis wurde es vollends im Kriege und brachten mit ihren direkten und indirekten Wirkungen den Verfall des Staates."

Die Erscheinung, die Riegler brandmarkt, daß nämlich der moderne kapitalistische Staat einseitig zum Interessenvertreter gewisser Bevölkerungsschichten wird, ist einem Sozialisten nicht neu. Der Klassenstaat muß, das liegt in seinem Wesen begründet, stets die Interessen seiner wirtschaftlich stärksten Volksteile vertreten, sonst würde er aufhören zu bestehen. Er baut sich auf auf dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und muß diesen Gegensatz als die Wurzel seines Seins pflegen. Das aber ist nur möglich, indem er der herrschenden, weil ökonomisch privilegierten Klasse einen Einfluß auf seine Politik zugesteht, der dann letzten Endes in seiner Auswirkung zu Konsequenzen wie denen von 1914 führen muß. Daß in dieser Entwicklung zugleich auch die Keime des Falles des Klassenstaates liegen, ist selbstverständlich. Dr. Riegler verdient zweifellos den Dank seiner bürgerlichen Klassengenossen dafür, daß er sie in seinem Buche auf diese Tatsache erneut aufmerksam machte.

Sport und Körperpflege.

Propagandaschwimmen — Schauschwimmen.

Am Sonntag, vormittags um 8 Uhr, versammelte sich eine große Anzahl von Schwimmern um für den Wasserport und für die Wärmeopfer zu demonstrieren. Am Start fanden sich 200 Sportler ein, die zum größten Teil bei langen Strecken stets durchschwammen. Die Brücken und die Ufer waren dicht von Menschen belebt, ein Beweis, daß der Ruf um Unterstützung nicht nutzlos verhallt war. Ein wohlgelungener Reigen und Springen von den beiden Brücken verschönerten das Schwimmen. Nachmittags 4 Uhr begann das Schauschwimmen mit gelungenem Programm. Es wechselten sich in angenehmer nie ermüdender Weise Jugendvorführungen und Kinderspielübungen mit ernsten und wohlansprechenden humorvollen Darbietungen ab. Den Schluß des Programms bildete ein Lampionreigen, welcher, da er erst in vorgerückter Dämmerstunde stattfinden konnte, wie eine Irrlichterfahrt aussah. Durch den guten Besuch unserer Veranstaltung und durch die opferwillige Gabe in die Sammelbüchsen sind wir in der Lage gewesen nach Abzug der Unkosten für die Märzopfer 615,80 Mk. abzuliefern. Allen Spendern herzlichen Dank. Für die Beteiligung an dem Werbeschwimmen danken wir den Mitgliedern der dem Sportkartell angeschlossenen Sportvereine.

Das Sommerfest des Arbeiter-Sportkartells findet am Sonntag, den 22. August, in sämtlichen Räumen des Volksparks statt. Im Garten großes Konzert, sportliche Aufführungen, Preisschießen, Preiskegeln, Blumenverlosen. In beiden Sälen nur Tanz. Sämtliche Delegierten treffen sich mit ihren Sportsgenossen 9 Uhr vormittags im Volkspark. Die mitwirkenden Sportler treffen sich 2½ Uhr daselbst.

Versammlungsberichte.

Tagung des Gaues Mitteldeutschland II des Zentralverbandes der Angestellten. Am 14. und 15. August 1920 fand der erste Gautag des am 1. Januar 1920 neuerrichteten Gaues Mitteldeutschland II statt. Der Bericht der Gauleitung ergab ein außerordentlich gutes Fortschreiten der Organisation, die nicht nur darin ihren Ausdruck findet, daß die Mitgliederzahl seit dem 1. Januar eine Zunahme von 60 Proz. erfahren hat, sondern insbesondere darin, daß der innere Ausbau und die Durchbildung der Organisation die Fortschritte gezeitigt hat, die im Interesse der Bewegung notwendig waren. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die den weiteren Ausbau der Organisation sicher stellen. Im Mittelpunkte der Tagung stand ein Referat des Verbandsvorsitzenden, der unter eingehender Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Hervorheben der durch die freigewerkschaftliche Bewegung angestrebten Ziele im besonderen auf die Notwendigkeit der Schulung der Mitglieder und die hierzu notwendigen Arbeiten der Organisation einging. Die an dieses Referat sich anschließende Diskussion ließ erkennen, daß die Delegierten nicht nur bereit, sondern auch imstande sind, diesen Anforderungen zu genügen. Nach Entgegennahme eines vom Kollegen Siebr (Halle) gehaltenen Referats über „Zusammenfassung und Wirken der Betriebsräte" und einer eingehenden Aussprache wurde nachstehende Entschließung angenommen:

Der erste Gautag des Gaues Mitteldeutschland II des Zentralverbandes der Angestellten stellt sich bezüglich der Zusammenfassung der Betriebsräte fruchtbar auf den Boden der seitens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände herausgegebenen Richtlinien.

Der Gautag erblickt einzig und allein in dieser Zusammenfassung die Möglichkeit, einheitliche und gedeihliche Arbeit der Betriebsräte zu ermöglichen und sie dadurch zu wirklichen Trägern des wirtschaftlichen Befreiungskampfes der Arbeitnehmer zu machen.

Der Gautag lehnt daher jede selbständige wirtschaftliche Räteorganisation ab, nicht nur weil sie notwendigerweise die wirtschaftliche Einheitsfront der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft gefährdet; sie würde vor allem die freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen durch die gemeinsame Organisierung mit denen, die somit ihren Verbänden die freigewerkschaftliche Weltanschauung grundsätzlich ablehnen und meist unsachlich und niedrig bekämpfen, hemmen und schädigen. Der Gautag lehnt es entschieden ab, statt durch die Vereinigung von Gewerkschaften und Betriebsräte den letzteren von vornherein ein nützliches Arbeiten zu gewährleisten, sich auf unklare Experimente einzulassen mit deren Scheitern die Arbeitnehmerschaft in ihrer Machtstellung um Jahrzehnte zurückgeschleudert werden würde.

Der Gautag verpflichtet die Ortsgruppen, für die beschleunigte Durchführung der von dem ADGB. und der Afa herausgegebenen Richtlinien Sorge zu tragen.

Kollege Möbius sprach über die Jugendarbeit unseres Verbandes und fand besondere Unterstützung seiner Ausführungen von dem Leiter der Jugendgruppe der Ortsverwaltung Zeitz. Die Tagung gab den Delegierten reiche Anregungen, die in ihrer Auswirkung zur weiteren Festigung der freigewerkschaftlichen Idee in der Angestelltenbewegung von weitreichender Bedeutung sein werden.

Um genaue Beachtung
der neuen Portogebühren wird gebeten. Einfache Briefe müssen jetzt mit 40 Pf., solche über 20 g mit 60 Pf., Postkarten mit 30 Pf. frankiert werden.
Die Redaktion des Volksblattes.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).
Harz 42-44.

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Continental
Reifen
die Qualitätsmarke mit der seit 50 Jahren bekannten Schutzmarke
liefert jede
Fahrrad- u. Autohandlung

Dauerhafte
Hosenträger
in Gummi, mit Lederstrippen, äußerst preiswert. 2978
H. Krasemann,
nur Schmeerstraße 19.

Fünf neue
Kleiderschränke,
roh oder gestrichen, preiswert zu verkaufen. *1485
Wolf, Rolenstr. 12. Besichtigung nachm. v. 2—6.

Ein großer Transport
Läufer- und Futterschweine
(Altmärker) *1478
sind eingetroffen.
Karl Bolle,
Tentschenthal.

Gold verleihen gegen gute Sicherheit
B. Heitkämper & Co.,
Kommanditgesellschaft,
Eisen,
Holstenhauserstraße 121. *1354

Mitteilungsblatt
d. kommunalen Beratungsstelle des Bezirkssekretariats H. S. P. Halle.
Wichtig für alle in den kommunalen Körperschaften tätigen Genossen.
Erscheint allmonatlich zum Preise von 25 Pf.
Für Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Vorsteher, Amtsvorsteher, Kreistagsvertreter usw.
ein Berater und Wegweiser in allen — kommunalpolitischen Fragen. —
Zu beziehen durch das
Bezirkssekretariat H. S. P. Halle, Harz 42-44.

Patente
kompl. und Erfindungen.
Verkaufs- und Verpachtstelle
Rich. Häckler, Weißenfels (S.)
Prospekte gratis u. franko.
Auskunftsbrief! Antwortbrief!

Frauen
verlangen
bei Störungen u. Unregelmäßigkeiten sofort nur d. anerkannt vorzügliche Dr. Hoffmanns Menstr.-Tee. Bestbewährt u. empfohl. Garantiuschadl. Pr. 6,80. Versand diskret, auch durch Dr. K. Hoffmann & Co., Berlin-Schöneberg 247.

Rauchordank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania
vor München B 29 Walherstr. 38

Rauchordank.
Das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen, erwirkt unser amtl. zugel., pat. gesch., unschädliches Mittel. Tägl. Anerkennungen. Ausk. kostenlos.
Institut Zwerg z. Kurfürst, Kurfürstenstr. 15.

Ratgeber für Kriegshinterbliebene
Von Regierungsrat
Erich Rossmann.
Preis 1,50 M., Porto 10 J.
Zu beziehen durch alle Volksblattausträger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Druckarbeiten
liefert in jeder Ausführung die
Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei
e. G. m. b. H.
Fernsprecher 6605

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200818-11/fragment/page=0007

Leben • Wissen • Kunst

Die Internationale der Intellektuellen.

Von Maxim Gorki.

Das Folgende ist die ins Deutsche übertragene Entgegnung Gorkis auf das Manifest von Romain Rolland, Barbusse u. a., das einen Internationalen Kongreß der Intellektuellen fordert. Wir entnehmen den Aufsatz der von Wilhelm Herzog herausgegebenen Zeitschrift „Das Forum" (Gustav Kiepenheuer Verlag Potsdam-Berlin).

An Internationaler Kongreß der Intellektuellen soll in Bern tagen. Die Vertreter der intellektuellen Mitte in England, Deutschland, Frankreich und den andern Ländern werden unter einem Dach zusammentreffen. Feinde von gestern. Sieger und Besiegte finden sich Aug' in Auge.

Auch moralisch Mitschuldige an dem abscheulichsten Verbrechen, dem Kriege 1914—1918, dessen Schrecken durch Offenbarung der tiefen Fäulnis alter Gesellschaftsordnung schließlich die nationalistischen Vorurteile erschütterten, die die höchstkultivierten Völker Europas zur Barbarei zurückgebracht und das große Blutbad herausgeführt haben, — auch moralisch Mitschuldige an diesem ungeheuren Verbrechen werden dem Kongreß beiwohnen.

Wenn das wirklich geschieht, wenn diese Menschen auf einer internationalen Konferenz von Vertretern der menschlichen Vernunft erscheinen, so kann das eine unabsehbare Weite der wertvollsten sozialen Konsequenzen zeitigen. Es soll hier nicht die Rede sein von später Reue und sterilen Bekenntnissen, die sicherlich nicht fehlen werden. Der Kongreß wird streng und entschieden die Frage stellen müssen, die von welthafter, menschenhoher Bedeutung ist: die Frage nach den geschichtlichen Grundlagen der Kultur.

Erst wenn diese Frage entschieden ist, können die Intellektuellen sich zu einer entschlossenen Haltung bekennen: an der Spitze der Volksmassen, die die Verwirklichung neuer Formen gesellschaftlichen Lebens erstreben, — oder als Glieder der Klassen von geringer Intelligenz und großer Habgier, die durch Ausbeutung der physischen Energie der Völker die freie Entwicklung ihrer Geistes- und Verstandeskräfte hemmen.

Wenn die Intellektuellen sich doch endlich Rechenschaft geben würden von der Rolle, die sie im Dienste des Kapitalismus gespielt haben, mit der ungeheuer wogenden Energie der Völker verschmolzen, wäre das eine Tat von unermeßlichem Folgenreichtum. Die verhältnismäßig unbedeutenden Reserven an intellektuellen Kräften würden dann die prüfenden und ordnenden Fähigkeiten ihrer Vernunft in Einklang bringen mit einer riesenhaften, noch unorganisierten, aber ganz stark lebenshungrigen Willenskraft. Für die Entwicklung der menschlichen Kultur würde das ein mächtiger Anstoß sein; eine Beschleunigung, deren Ausmaß wir nicht voraussehen können. . .

Kurz und gut: die Intellektuellen der ganzen Welt müssen heute diese ernsthafte Frage anschneiden: werden sie auf seiten der Völker sein, die die radikale Umformung der gesamten Lebensart fordern oder auf seiten des Kapitals, für das alte Regime?

Möge die Rolle der russischen Intellektuellen im Laufe der beiden letzten, ereignisschweren Jahre lehrreich sein für die Intellektuellen Westeuropas. Wenn der russische Intellektuelle mehr Seelenkraft und mehr praktische Voraussicht gehabt hätte, wenn er von den ersten Tagen der bolschewistischen Revolution an in Verbindung gestanden wäre mit jener Gruppe von Menschen, die, aus seinem eigenen Milieu hervorgegangen, kühn genug waren, sich an die Spitze der Arbeitermassen zu stellen und die politische Macht an sich zu reißen in einem durch den Zarismus und den Krieg zugrunde gerichteten Lande, — hätte der Intellektuelle so gehandelt, dann hätten Industrie, Technik und Kultur nicht so heftig gelitten unter dem Einbruch der entfesselten Leidenschaften; weniger Blut wäre geflossen; nicht so viele Fehler wären begangen worden; die Vernunft wäre Zügel gewesen.

Ich will niemand verurteilen. Ich stelle nur eine unbeugsame Tatsache fest: die Zurückhaltung gewisser Intellektueller von dem Lauf der Revolution hatte zur Folge, daß die Lösung der wichtigsten Lebensfragen gleichgestellt wurde der Bedürfnisbefriedigung einer nach kulturlosen Masse: das sind meiner Meinung nach die russischen Bauern.

Die Klasse der russischen Arbeiter, zahlenmäßig die geringste, hat eine ungeheure Aufgabe vor sich: hundert Millionen Bauern verschiedener Sprache und verschiedenen Ursprungs zu erziehen. Diese Masse kann in ihrem Zerstörungswerk eine erstaunliche Kraft entwickeln: kann sie aber mehr schaffen als Sitten, die durchdrungen sind von der Mentalität des kleinen Besitzenden? Die Frage bleibt unbeantwortet. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheint die großkapitalistische, rationell organisierte Industrie dem Handwerker und dem Intellektuellen weniger erschreckend als die Sümpfe des kleinen Besitztums, die, fremd und feindselig meist, höheren Kulturinteressen entgegenstehen.

Den russischen Intellektuellen wird das Tragische ihrer Situation immer deutlicher bewußt. Obwohl sie schon vor der Revolution zwischen Hammer (Herrschaft) und Amboß (Volk) gelebt haben, werden die unumgänglichen Mißstände dieser Lage ihnen erst jetzt nur allzu deutlich und nur allzu schmerzlich. Doch ich wiederhole: sie beginnen zu begreifen, daß die Macht den intellektuellen Kräften gehört, denen sie selbst geistig verwandt sind; sie beginnen zu begreifen, daß voraussichtlich schon in nächster Zukunft in Rußland die vernünftige Organisation und der extatische Wille verschmelzen werden und daß diese beiden Kräfte geeint Wunder tun können.

Das sind meiner Meinung nach die Gedanken und Fragen, die der Internationale Kongreß der Intellektuellen nicht übergehen kann.

Aus der tiefen Ueberzeugung von der Wahrhaftigkeit der Vertreter des Intellektuellen in Westeuropa, aus dem Glauben an ihre Gewissenhaftigkeit kann ich nicht daran zweifeln, daß die Frage der Blockade Rußlands auf dem Kongreß zur Debatte stehen wird.

Die Schändlichkeit einer Blockade, die das russische Volk dem Hungertode preisgibt, die es abschneidet von der Versorgung mit Arzneimitteln usw. noch zu brandmarken, ist unnötig. Aber es ist vielleicht nicht unangebracht, den Mitgliedern des Kongresses in Erinnerung zu rufen, daß in erster Linie die Kinder unter den Folgen der Blockade zu leiden haben, daß aber auch die Intellektuellen, die Gelehrten, die geistigen Arbeiter in Bibliotheken und Laboratorien. — ungeneigend ausgerüstet zum Kampf ums Leben, umhegabt ihr Brot zu gewinnen, dann unter den zumeist Betroffenen sind.

Durch Hunger Kinder töten, die Zukunft eines Volkes auf diesem Wege zerstören; durch Hunger seine seit langem angesammelten geistigen Kräfte lähmen — ist das Ziel des aufgeklärten, kultivierten Europa?

Diese Frage zu stellen, wird für den Kongreß der Intellektuellen eine notwendige Aufgabe sein. Und wir warten gespannt darauf, was die Regierungen der Länder — Frankreich, England usw. —, die sich als „Herde der Kultur und Zivilisation" betrachten, antworten werden.

10] **Jimmie Higgins.** (Nachdruck verboten.)

Roman von Upton Sinclair.*)

Der folgende Morgen brachte in der Fabrik neue Aufregungen mit sich. Seit vier Jahren arbeitete Jimmie beim alten Granitch, seit vier Jahren stand er in einem ungeheuren Raum, von schwirrenden Rädern und Transmissionsriemen umgeben, von einem Surren und Brausen und Schrillen umtobt, das ihn schier betäubte. Ein Brett glitt mechanisch getrieben vor ihm hin, darauf lagen längliche Stahlstücke, die er, mit jeder Hand eines, in eine Maschine steckte; die Maschine erfaßte die Stahlstücke, rundete sie am einen Ende ab, verdünnte sie am anderen, zog einen Eisenfaden durch und spie die fertigen Bolzen auf ein zweites Brett aus. Jimmie mußte auf die Maschine achten, die Oelgefäße mit Oel versehen und erhielt, als ungelernter Arbeiter neunzehnundeinhalb Cents die Stunde. Vor einiger Zeit hatte ein Experte die Methode geprüft und festgestellt, daß es, solange der Lohn so niedrig sei, in der Stunde um ein achtel Cent billiger käme, Jimmies Arbeit von einem Menschen, als von einer Maschine verrichten zu lassen. Deshalb stand Jimmie nun schon seit vier Jahren am gleichen Fleck von sieben bis mittags und von halb eins bis sechs, und brachte jeden Samstag zwölf Dollars und neunundzwanzig Cents heim. Wer da meint, die große Maschinenfabrik hätte sehr gut die Summe auf dreißig Cents abrunden können, versteht nichts von Großbetrieben.

Und jetzt stürzte jählings, ohne ein Wort der Warnung, Jimmies geregelte, vertraute Welt zusammen. Er stand, als die Pfeife gellte, auf seinem Posten, doch verharrte die Maschine unbeweglich. Dann erschien der irische Aufseher und erklärte barsch, die Maschine werde sich nie mehr bewegen, wenigstens nicht an dieser Stelle; sie müsse fortgeschafft werden und alle sollten jetzt mit Hämmern und Zangen an die Arbeit gehen, um die neue Welt zu schaffen.

Dies wurde in einer Woche vollbracht. Außerdem sah Jimmie allabendlich, wenn er nach Hause ging, wie die Heime der Menschen zerstört wurden. Dächer stürzten staubwirbelnd ein, und eine Schar Leute lud die Trümmer auf ungeheure Lastautomobile. Azetylenlampen erhellten die Dunkelheit, es wurde die ganze Nacht gearbeitet, die Arbeiter wohnten in Zelten auf den Baugründen außerhalb der Stadt, und ihre Britschen blieben stets warm, da eine Schicht die andere ablöste. Jimmie Higgins erkannte die furchtbare Wahrheit: der Krieg war trotz aller Agitation der Sozialisten nach Leesville gekommen.

Viertes Kapitel.

Jimmie Higgins schöpft aus dem Vollen.

I

Es dauerte eine Zeitlang, bis Jimmie den Zweck der neuen Maschinen, die er zusammenschen half, erfaßte. Niemand hatte die Verpflichtung, ihn darüber aufzuklären, er war ja bloß ein Paar Hände und ein starker Rücken; ein Gehirn erwartete man bei ihm nicht, und eine Seele und ein Gewissen erwartete man erst recht bei keinem einzigen Arbeiter. Russische Agenten waren mit siebzehn Millionen, die Pariser Bankiers bezahlt hatten, nach Leesville gekommen, und deshalb stürzten über Nacht die Heime zusammen, deshalb erhob sich ein neuer mächtiger Stahlbau, und in dem Raum, wo Jimmie vier Jahre lang die gleichen Handbewegungen gemacht hatte, sollten neue Maschinen erstehen, die Granathülsen verfertigen würden.

Als Jimmie endlich begriff, um was es sich handle, fand er sich einem ernsten Problem gegenüber. Durfte er, ein internationaler Sozialist, seine Zeit dazu anwenden, Granathülsen herzustellen, die seine deutschen Genossen töten würden? Durfte er die Bestechung des alten Granitch annehmen, des Arbeiters Anteil an der scheußlichen Beute — eine Lohnerhöhung von vier Cents die Stunde, mit der Aussicht auf weitere vier Cents, wenn das Werk erst im Betrieb sei? Jimmie mußte mit diesem Problem ringen, zu einer Zeit, da eines der Kinder krank war, und er sich den Kopf zerbrach, wie er von seinem kläglichen Lohn den Arzt bezahlen könnte.

Die Antwort auf seine Gewissensfrage fiel dem Genossen Schneider leicht, dem dicken, kräftigen Brauereiarbeiter, der sich in der Versammlung erhob und mit bitterem Hohn von den Sozialisten sprach, die weiter bei dem alten Höllenteufel Granitch in der Arbeit blieben. Schneider forderte einen Streik der Empirearbeiter, sofort, noch heute nacht! Dann aber erhob sich die Genossin Mabel Smith, deren Bruder Buchhalter bei Granitch war. Schneider habe leicht reden; wie aber, wenn jemand forderte, die Brauereiarbeiter sollten streiken und sich weigern, für die Munitionsarbeiter Bier zu brauen? Dies sei ein kindischer Einwurf, erwiderte Schneider; die Genossin jedoch bestritt dies und erklärte, es sei ein Beweis, wie hilflos der Arbeiter sei, wie ihm jede Kontrolle über sein eigenes Erzeugnis und dessen Verwendung verwehrt werde. Ein Mann könne sagen, er wolle nichts mit der Munitionsversorgung zu tun haben, und als Landarbeiter auf die Felder gehen — das Getreide, das er gesäet und geerntet, wird für das Heer verwendet. Die Solidarität der kapitalistischen Gesellschaft sei eine derartige, daß ein Mensch nirgends Arbeit finden könnte, die nicht auf irgendeine Art den Mord an seinen Mitmenschen in anderen Ländern unterstützte.

Jimmie beriet sich ernstlich mit Lizzie, ob sie nicht gut daran täten, nach Hubbardtown zu ziehen — Plakate einer Agenzie in der Hauptstraße verlockten ihn hierzu. Die Hubbard-Maschinen-Gesellschaft machte den Versuch, dem alten Granitch die Arbeiter fortzuschnappen, indem sie zweiunddreißig Cents die Stunde für halbgelernte Arbeiter bot! Jimmie zog Erkundigungen ein und erfuhr, die Gesellschaft erweitere ihren Betrieb für Gasmaschinen; zu welchem Zweck dies geschehe, wurde nicht mitgeteilt. Doch nahm man allgemein an, die Maschinen seien für die Motorschiffe bestimmt, die zum Versenken der Unterseeboote verwendet werden sollten. Jimmie sah ein, daß die Genossin Mabel Smith recht habe; er könne ebensogut bei seiner alten Arbeit bleiben. Er wird alles Geld einstecken, das er bekommt, und es dazu verwenden, die Kriegsgewinner in ihrer Ruhe zu stören. Zum erstenmal in seinem Leben war Jimmie der Nahrungssorgen enthoben. Jetzt konnte er überall eine gut entlohnte Arbeit finden und brauchte nicht mehr auf die Arbeitgeber Rücksicht zu nehmen. Er wird mit den anderen Arbeitern sprechen, ihnen erklären, was der Krieg bedeutet, dieser Krieg, der heute noch ein Kapitalistenkampf ist, sich aber möglicherweise in eine andere Art Kampf verwandeln wird, der gar nicht dem Geschmack der Kapitalisten entspricht!

II

Es war wunderbar, unglaublich, was jetzt in Leesville vor sich ging. Trotz Jimmies Haß gegen das System, konnte er doch ein gewisses Gefühl der Bewunderung nicht unterdrücken. Zu Tausenden strömten die Männer in diese einst so altläßige, verschlafene kleine Stadt, Männer aller Rassen, jeglicher Konfession, jung und alt, schwarz und weiß, sogar etliche gelbe. Es war wie im Jahre 49 beim plötzlichen Aufschwung San Franciscos; das Geld, welches die Pariser Bankiers der russischen Regierung gegeben hatten, und das diese dem alten Granitch bezahlte, floß in goldenen Fluten durch die Stadt. Spekulanten trieben den Preis der Grundstücke in die Höhe, Hausbesitzer erhöhten die Miete, Hotels verdoppelten ihre Preise und mußten trotzdem überzählige Gäste auf Billardtischen schlafen lassen. Sogar Tom Callaban von der „Buffeteria" sah sich genötigt, zwei Gehilfen aufzunehmen, einen Gastraum anzubauen und die Küche in den Hinterhof zu verlegen.

Abends waren die Straßen von Fremden erfüllt, in Lipsky's Kino waren alle Plätze besetzt, das Von-Marché-Schuhwarenhaus veranstaltete jede Woche einen Ausverkauf, und die Türen der Wirtshäuser waren in steter Bewegung. Natürlich kamen an einem Ort, wo es so viele Männer gab, auch Frauen nach, Frauen aus allen Rassen. Leesville besaß etwa zwanzig Kirchen und hatte sich stets seiner Ehrbarkeit gerühmt; nun schienen alle Dämme eingerissen, die Stadtpolizei wurde von der neuen Bevölkerung überflutet — oder war es die Goldflut, die über Rußland aus Paris kam? — und in der Hauptstraße konnte man Dinge sehen, die das Mißtrauen gegen den Krieg bestärkten.

(Fortsetzung folgt.)

*) Als Buch im Verlag Kiepenheuer, Potsdam, erschienen.

Von der Religion.

Aus Leo Tolstois Kinderwelt.

Knabe: „Warum hat die Kinderfrau sich heute so geputzt und mir die neue Bluse angezogen?"

Mutter: „Weil heute Feiertag ist und wir in die Kirche gehen."

Knabe: „Was für ein Feiertag?"

Mutter: „Himmelfahrt."

Knabe: „Was heißt das — Himmelfahrt?"

Mutter: „Das heißt, daß unser Herr Jesus an diesem Tage in den Himmel gefahren ist."

Knabe: „Was heißt das — in den Himmel gefahren?"

Mutter: „Das heißt — er ist hinaufgeflogen."

Knabe: „Wie denn, hinaufgeflogen — auf Flügeln?"

Mutter: „Nicht auf Flügeln — einfach hinaufgeflogen, weil er doch Gott ist und Gott alles kann."

Knabe: „Wohin ist er denn geflogen? Papa hat mir doch gesagt, daß der Himmel nur etwas Scheinbares ist, daß dort gar nichts ist, nur die Sterne, und hinter den Sternen wieder Sterne, und daß der Himmel kein Ende hat. Wohin ist er denn da geflogen?"

Mutter (lächelnd): „Es gibt Dinge, die man nicht begreifen kann, die man glauben muß."

Knabe: „Warum?"

Mutter: „Weil ältere Leute es sagen."

Knabe: „Du hast mir aber doch selbst gesagt — damals, weißt du, wie ich sagte, daß jemand sterben wird, weil Salz verschüttet worden ist: da sagtest du mir, man müsse nicht alle Dummheiten glauben."

Mutter: „Dummheiten soll man auch nicht glauben."

Knabe: „Woran erkennt man denn, was Dummheiten sind und was nicht?"

Mutter: „Woran? — Man soll an die wahre Religion glauben und nicht an Dummheiten."

Knabe: „Und welches ist die wahre Religion?"

Mutter: „Das ist unsere Religion. (Für sich): Es scheint, daß ich selbst jetzt Dummheiten rede. (Laut): Nun lauf und sage dem Papa, daß wir gleich gehen. Und laß dir die Schärpe umbinden."

Knabe: „Und gibt es dann Schokolade nach der Messe?"

Kleines Feuilleton.

Traurig, aber wahr.

Kürzlich berichtete das Halberstädter Tageblatt über ein nachdenkliches Vorkommnis. Da die angeführte Geschichte aber nicht nur für Halberstadt, sondern für viele Städte der Provinz zutrifft, geben wir dieselbe im Wortlaut wieder:

„Es war in einer hiesigen Handschuhfabrik. Die Maschinen klapperten. Die Arbeiter arbeiteten. Rasch und eilig ging die Arbeit donnerstag. Dann kam die Frühstückspause. Die Arbeiter setzten sich zusammen, erzählten, lachten, verschlangen in redlichem Hunger die mitgebrachten Brote.

Der Besitzer der Fabrik ging durch den Arbeitsraum und plauderte mit den Arbeitern, sprach über Ernährungsfragen und Politik.

Er sagte: „Sie haben doch in der Zeitung gelesen."

Niemand von den Arbeitern hatte das Betreffende in der Zeitung gelesen.

„Es hat doch aber ausführlich gleich auf der zweiten Seite gestanden."

Kein Mensch wußte Bescheid.

„Lesen Sie denn keine Zeitung?"

Sie lasen alle die Zeitung und sehr eingehend, aber keiner hatte das gelesen.

„Welche Zeitung lesen Sie denn?"

Und nun ergab sich das Unglaubliche: Die Arbeiter lasen das bürgerliche Intelligenzblatt und der Arbeitgeber las das sozialistische Tageblatt!

Sie hatten die wichtigen Fragen, die die Arbeiterschaft angingen, nicht gelesen, denn das Intelligenzblatt ist ja arbeiterfeindlich und kapitalistisch, es hatte nichts gebracht über die Fragen. Arbeiter aber lesen dieses Blatt.

Und der Arbeitgeber sagte: „Wenn Sie jemand schlägt, bezahlen Sie ihm auch noch dafür?"

„Nein," sagten die Arbeiter und lachten.

„Das Intelligenzblatt aber schlägt die Arbeiterschaft täglich ins Gesicht und die Arbeiter bezahlen ihm dafür ihre Groschen."

Der Arbeitgeber ging fort.

Die Arbeiter saßen da und sagten kein Wort mehr. Sie starrten vor sich hin und hatten rote Gesichter.

Sie schämten sich.

Ein Mechaniker als Ehrendoktor. Die medizinische Fakultät der Universität Tübingen hat den Universitätsmechaniker Eugen Albrecht zum Ehrendoktor der Medizin ernannt. Diese seltene Ehrung wird damit begründet, daß Albrecht, der übrigens vor einigen Wochen wegen seines hohen Alters sich zur Ruhe begeben hat, die von berühmten Gelehrten und Forschern erdachten wissenschaftlichen Apparate und Instrumente zur Ausübung gebracht und dadurch zum Ruhme der deutschen Präzisionsmechanik beigetragen hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192008 18-11/fragment/page=0008